

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kunstkritik“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Albrechtstr. 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Hauptstr. Nr. 5 und Neue Hauptstr. Nr. 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,45 Rml.

## Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Rebasillon Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5832.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen außer Zeit 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verträge, Verfammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Wozu 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Albrechtstr. 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anverlangt eingelebte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt!

# Teilverständigung mit Polen.

### Verständigung über die polnischen Wanderarbeiter. — Vor einer Verständigung über die Holzeinfuhr. — Dr. Lewald abberufen.

Wir haben schon berichtet, daß sich Deutschland und Polen über den Entwurf eines Abkommens über die ländlichen polnischen Saisonarbeiter geeinigt haben. Ueber den Gang der Verhandlungen und das Ergebnis haben wir noch folgendes erfahren: Hinsichtlich der in Deutschland mehr oder weniger sesshaft gewordenen polnischen Wanderarbeiter erhoben die polnischen Unterhändler ursprünglich grundsätzliche keinen Widerspruch dagegen, daß sie wieder in die regelmäßige Wanderbewegung einbezogen werden sollten. Nur forderten sie mit Rücksicht auf den polnischen Arbeitsmarkt die Verteilung dieser Maßnahmen auf eine Reihe von Jahren; da es sich immerhin um Zehntausende von Arbeitern handelte. Späterhin erhoben sie den Anspruch, mindestens einem Teil dieser länger in Deutschland befindlichen polnischen Arbeiter das Recht des dauernden Aufenthalts zu geben. Eine Einigung ist schließlich in diesen schwierigen Fragen dahin erzielt worden, daß polnische Wanderarbeiter, die schon vor dem 1. Januar 1919 nach Deutschland gekommen sind, dort bleiben dürfen, falls sie nicht selbst nach Polen zurückkehren wünschen, und die übrigen im Verlauf von sechs Jahren, jährlich etwa 4500, wieder zurückwandern sollen.

Ueber die Frage der Anwerbung und der Arbeitsbedingungen der polnischen Wanderarbeiter in Deutschland allein hätte man sich wohl rascher geeinigt. In diesen Punkten ist auch vor der Fertigstellung des Gesamtvertrages zweimal eine provisorische Regelung erzielt worden. Die Grundzüge der endgültigen Verständigung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Werbung findet in einem Zusammenarbeiten der Deutschen Arbeiterzentrale mit den polnischen Arbeitsämtern in Polen statt. Die angeworbenen Arbeiter erhalten unentgeltlich für die Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland, also bis Ende des Jahres, gültige Pässe. Ihre Arbeitsbedingungen in Deutschland entsprechen denen der gleichartigen deutschen Landarbeiter.

Für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutet der Abschluß des Abkommens über die Wanderarbeiter eine große Entlastung, denn die Hin- und Rückwanderung dieser Arbeiter gab in den letzten Jahren fortgesetzt Anlaß zu oft sehr scharfen Konflikten. Derartige Konflikte sind für die Zukunft ausgeschlossen.

Auch vom innerpolitischen Standpunkt aus ist gegen das Abkommen nichts einzuwenden. Wenn vertraglich festgelegt ist, daß die ausländischen polnischen Landarbeiter in den Arbeitsbedingungen nicht schlechter gestellt werden dürfen als die entsprechenden deutschen Arbeiter, so entspricht das nicht nur der Forderung sozialer Gerechtigkeit, sondern vermindert auch den Anreiz, solche Arbeiter heranzuziehen. Außerdem ist zu betonen, daß das Abkommen nicht etwa eine Vermehrung der Verwendung polnischer Landarbeiter oder eine Verpflichtung zu ihrer Anwerbung enthält, sondern die Bestimmung über das anzuwerbende Kontingent nach wie vor in den Händen der deutschen Behörden liegt, die — vor allem dank der Haltung der preussischen Regierung in dieser Frage — trotz aller großagrarischen Wünsche weiter um die Herabsetzung dieses Kontingents bemüht sind. Im ganzen kann man diese erfreuliche deutsch-polnische Verständigung dahin beurteilen, daß sie für beide Teile gleich wertvoll ist.

### Dr. Lewald abberufen.

Außerdem wird halbamtlich mitgeteilt, daß der Reichspräsident den bisherigen Vorsitzenden der Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, seines Amtes enthoben hat. Ein neuer Delegationsführer ist noch nicht ernannt.

### Eine weitere Teilverständigung mit Polen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldete gestern Abend aus Warschau: Der deutsche Gesandte, Krauscher, hat den Tag vor seiner Abreise nach Berlin noch zu Verhandlungen in der Frage der polnischen Holzexporte nach Deutschland benutzt, die vor einigen Tagen begonnen wurden. Diese Verhandlungen haben heute zu einer vorläufigen Einigung geführt, die dahin geht, daß beide Seiten noch vor dem Abschluß des Handelsvertrages an einem Abkommen gewisse Einfuhrbeschränkungen und Einfuhrgebühren, Berlin hat die polnische Holzexporte nach Deutschland zu verhindern.

eine ganze Reihe deutscher Fertigfabrikate. Es ist wahrscheinlich, daß die Unterzeichnung dieser provisorischen Abmachung die erste Frucht des Zusammenstreffens Stresemanns mit Jactowski sein wird, und daß dieser Erfolg die Bahn zu den weiteren Verhandlungen eben wird.

### Stresemann verhandelt mit Jactowski.

Amlich wird gemeldet: Der polnische Bevollmächtigte für die Besprechung über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Herr Jactowski, Direktor der polnischen Abteilung des polnischen Außenministeriums, ist in Berlin eingetroffen und hatte am Donnerstag nachmittag eine längere Unterredung mit dem Reichsaussenminister. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Kr. Wenn Deutschland dazu übergeht, schon jetzt die Kampfzölle auf polnisches Holz abzubauen, um den Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen zu erleichtern, so geht es nur die Konsequenz aus der tatsächlichen Entwicklung, die der deutsch-polnische Handel während des Zollkrieges genommen hat. Ihre Vermittler in dieser Angelegenheit, die „Schlesische Pressing-Korrespondenz“ neulich gemacht hat und die wir vor ungefähr 14 Tagen in unserem Wirtschaftsteil abgedruckt haben: (Vergleiche die Aufsätze „Nur keine Illusionen“ in Nr. 261 vom 7. Nov. und „Die Entwicklung des deutsch-polnischen Außenhandels und der polnische Zollkrieg“ in Nr. 258 vom 8. Nov. unseres Blattes.) Dort war auf Grund einer eingehenden Analyse der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1926 nachgewiesen, daß gerade während des deutsch-polnischen Zollkrieges die polnische Holzexporte nach Deutschland um den Betrag von mehr als 26 Millionen Mark geklungen war, ferner daß diese Steigerung der deutschen Holzeinfuhr aus Polen im Jahre 1927 sich noch fortgesetzt hatte, so daß der Anteil Polens an der gesamten deutschen Holzeinfuhr von 41,3 Prozent im Jahre 1926 auf 47,3 Prozent im Jahre 1927 (Januar-Juli) gestiegen war, und daß die polnische Holzexporte nach Deutschland in den ersten sieben Monaten 1927 sogar schon die während des ganzen Jahres 1926 überstiegen hat. Es hatte sich also gezeigt, daß die Erschwerung der Einfuhr polnisches Holz nach Deutschland durch die Kampfzölle auf Holz diese Einfuhr nicht hat verhindern bzw. verringern können. Deutschland sieht deshalb jetzt nur von einer Maßnahme ab, die sich ohnehin als nutzlos erwiesen hat. Ein besonderes Verdienst der deutschen Regierung kann deshalb in diesem Entgegenkommen gegenüber Polen nicht erblickt werden.

Wenn Polen dagegen gewisse Kampfzölle auf deutsche Fertigwaren herabzusetzen oder ganz aufzugeben bereit ist, so bedeutet das tatsächlich ein weitgehendes Entgegenkommen und beweist wieder einmal, wieviel mehr Polen bereit ist, Opfer zu bringen, um die deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung zu erreichen, als die deutsche Regierung und die deutschen Interessenten. Denn die vorhin erwähnte Analyse der Entwicklung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen hat auch ergeben, daß der deutsch-polnische Zollkrieg tatsächlich die deutsche Fertigwarenausfuhr nach Polen außerordentlich geschädigt hat. Ging doch die deutsche Fertigwarenausfuhr nach Polen von 215 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 85,5 Millionen im Jahre 1926 zurück. Polen hatte also tatsächlich von seinen Kampfmaßnahmen gegen Deutschland einen gewissen Vorteil und gibt tatsächlich einen solchen preis, wenn es die Kampfzölle vorzeitig abbaut.

So läßt diese Verständigung erkennen, daß auf polnischer Seite tatsächlich der ernste Wille vorhanden ist, mit Deutschland zu einer endgültigen Wirtschaftsverständigung zu gelangen. Das wird auch bestätigt durch die Sachverständigen in der Frage der Sachverständigen, über die ja ebenfalls eine Verständigung erzielt ist. Diese Tatsachen lassen die Hoffnung als nicht unberechtigt erscheinen, daß Deutschland und Polen nun bald zu einer vollständigen Verständigung gelangen werden. Sie legen aber andererseits Deutschland auch die Verpflichtung auf, auch seinerseits Polen ein entsprechendes Entgegenkommen zu zeigen. Denn Deutschland ist der Welt als „berufene“ Handelsmacht, der die polnische deutsche Verhandlungen durch heimliche Querschnitte erschweren oder gar verhindern.

### Ist das möglich?

Wie die Deutschnationalen die Kleinrentner betrügen. Das parlamentarische Regierungssystem wäre längst erledigt, wenn sich alle Parteien die Methoden der Deutschnationalen zu eigen machen würden. Jüggelose Kritik, unmäßige Versprechungen, unverantwortliche Anträge in der Opposition, feiges Ausweichen und völliges Versagen in der Regierung — das sind die markantesten Kennzeichen der deutschnationalen Politik. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns eine Fülle von Belegen hierfür gebracht. Ein neues schlagendes Beispiel ist das Verhalten der Deutschnationalen gegenüber den Kleinrentnern.

Als Oppositionspartei hatten die Deutschnationalen den Gläubigern und Spätern im Jahre 1924 hundertprozentige Anwerterung versprochen. Als Regierungspartei beschloßen sie 1925 die Enteignung der Gläubiger und Spätere. Schärfste Erbitterung der Gläubiger und Spätere war die Folge. Im Jahre 1926 waren die Deutschnationalen wieder Oppositionspartei. Nun suchten sie die Gunst der schwer enttäuschten verarmten Mittelschichten durch einen neuen agitatorischen Trick zurückzugewinnen. Sie stellten den Kleinrentnern eine reichsgesetzliche Versorgung in Aussicht. Wie ernst sie es damit meinten, ergab sich sofort, nachdem sie im Januar 1927 wieder Regierungspartei geworden waren.

An der Hand einiger, den Regierungsakten entnommenen Tatsachen soll hier kurz gezeigt werden, in welcher ferozischer Weise die Deutschnationalen mit ihren Versorgungsanträgen die Kleinrentner an der Nase herumführen.

1. Am 11. Juni 1926 beantragten die Deutschnationalen im Reichstag, die Reichsregierung aufzufordern, mit tunlichster Hast einen Gesetzesentwurf vorzubringen, welcher unter Aufhebung der bisherigen Versorgungsgesetze die Herabsetzung des Altersgrenzenalters durch die Inflation um ihr Vermögen gebrachten Rentnern eine angemessene Versorgung reichsgesetzlich gewährleistet. Einen Versuch, diesen Antrag zur Beratung und Annahme zu bringen, machten sie nicht.

2. Am 27. November 1926 brachten die Deutschnationalen durch Initiativantrag einen eigenen Gesetzesentwurf ein, der im Paragraph 1 bestimmte: „Die Kleinrentner haben, unbeschadet der grundsätzlichen Fortgewährung der zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes von den Fürsorgeverbänden gewährten Leistungen Anspruch auf Gewährung einer Rindbeträge“. Der Schlussparagraph lautete: „Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft“. Bis dahin befanden sich die Deutschnationalen in der Opposition.

3. Nachdem die Deutschnationalen anfangs 1927 wieder Regierungspartei geworden waren, dachten sie nicht mehr an ihren Gesetzesentwurf, der nach den Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums 300 bis 400 Millionen Jahresaufwand erfordert, sondern beantragten, zur Beteiligung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge 25 Millionen zur Verfügung zu stellen. Die Ausfüllung dieses Betrages (der etwa 1/10 der erwarteten Hoffnungen zu erfüllen geeignet war) an die Kleinrentner ist heute noch nicht abgeschlossen, weil die Fürsorgeverbände die Verpflichtungen ablehnten, die ihnen die Bürgerblödmehrheit aufzuerlegen versuchte.

4. Am 4. April 1927 beschloß der Bürgerblock unter Führung der Deutschnationalen, die Reichsregierung zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob durch ein besonderes Gesetz die Versorgung der Kleinrentner geregelt werden kann. Dabei hatten die Deutschnationalen fünf Monate vorher ihren Gesetzesentwurf schon eingereicht!

5. Am 28. Juni 1927 beantragte die Sozialdemokratie im Reichstag, von der Reichsregierung einen Gesetzesentwurf zu verlangen, durch den eine einmalige Abgabe von den großen Inflationsgewinnen vorgeschrieben wird, deren Ertrag zur Versorgung der Kleinrentner auf Grund eines reichsgesetzlichen Rechtsanspruchs verwendet werden sollte. Die Deutschnationalen suchten diesem in der Richtung ihres eigenen Gesetzesentwurfes liegenden Antrag durch Verweigerung an der Steuerabgabe ein Begräbnis zu bereiten. Da aber die Sozialdemokraten sich gegen die Verschleppung ihres Antrages wehrten, fanden die Deutschnationalen am 6. Juli 1927 im Steuerausfluß den Ausweg, von der Regierung eine — Deutschnationalen über die Frage zu verlangen.

6. Am 21. Juli 1927 brachten die Demokraten einen Rentnerversorgungsentwurf ein. Am 18. Oktober lehnte die Mehrheit des Reichstags unter Führung der Deutschnationalen die Verweigerung dieses Entwurfs an dem Sozialen Ausschuss ab und ging nach Zwischerverhandlungen unter den Großrentnern über zu dem Deutschnationalen am 21. Oktober die Abweisung an dem Ausschuss.

7. In der Verhandlung der Rentnerrenten unter den Deutschnationalen Initiativentscheidungen brachten sie die Deutschnationalen Führer (Herrn Behr) am 15. Oktober in Stuttgart mit ihrem Antrag auf Gewährung eines Rentnerrenten



# Das Gericht als Schlichter der höheren Gesellschaftskreise.

## Die Verurteilung des Malitverlags verworfen.

Durch Urteil des Amtsgerichts Charlottenburg vom 1. Oktober war der Malit-Verlag gezwungen worden, das Bildnis des Prinzen Wilhelm von Preußen nach Umkehr des bekannten Buches von Prinz Domela-Lesse "Der falsche Prinz" entfernen zu lassen. Wegen dieser gerichtlichen Verfügung hatte der Verlag Einspruch erhoben, der am 17. November Gegenstand eines Zivilprozesses vor dem Berliner Amtsgericht III war.

Jenes bestreiftliche Urteil, das selbst von so weit rechts- stehenden Blättern wie der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" angefochten worden war, konnte mit Rechtigkeit als Vorkommen unheilbar nachgewiesen werden. Man hatte darauf berufen, daß Prinz Wilhelm zu jung sei, um der "Zeit- schichte" anzugehören, und die Familie Hohenzollern aufgehört habe, eine öffentliche Rolle zu spielen. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Der rumänische König gehört mit sechs Jahren nicht erst mit 28, der Zeitgeschichte an, und die Familie Hohenzollern — man braucht nur an die Fürstenabfindung zu erinnern — tut mehr als genug, um sich in der Öffentlichkeit unliebsam bemerkbar zu machen. Außerdem hat ja auch der "erläuchtete" Prinz schon eine recht merkwürdige Rolle in der Politik gespielt, die einem alten General, dem Kommandeur der Reichswehr, von Seeckt, den Hals gebrochen hat: jene Kriegsspielerei im Truppenlager Münstingen. Wenn schließlich behauptet wird, man könne dem Prinzen nicht zumuten, neben einem wegen Betrugs vorbestraften Menschen abgeduldet zu werden, so braucht man sich nur vor den neuesten Skandalen in diesem Fürstenhause zu erinnern — etwa daran, daß der Herr Ostel des jungen Herrn, Graf Friedrich, wegen Kapitalverflechtung ins Ausland verurteilt worden ist. Die Photographie des Prinzen, die nun in allen Postkartengeschäften laufen kann, wurde von einer Werbeagentur erworben, um zu zeigen, wie gering die Ähnlichkeit des falschen mit dem echten Prinzen ist und wie weit die Fälschung entfernt ist. Die eine solche phantastische Verwerfung herbeigeführt hat. Die "berechtigten Interessen" schließlich, die der Hohenzollern glaubt, wahrzunehmen zu müssen, können höchstens die sein, recht bald auf den Thron zu kommen.

Über gegen alle diese klaren Vernunftgründe erwies sich das Berliner Amtsgericht vollkommen taub. Es bestätigte das Urteil der Vorinstanz mit der ausdrücklichen Begründung, daß durch das Buch Domelas die höheren Gesellschaftskreise, denen der Prinz angehört, beleidigt worden seien — man bedenkelt — und wies die Klage des Malit-Verlages kostenpflichtig zurück. Dabei wurde ausdrücklich durch den Vorsitzenden festgestellt, daß die Schöffen das Buch Domelas überhaupt nicht kennen! Eine Retordierung volkreunder Rechtsprechung!

# Baldwin wird nochmals gestellt.

## Ein Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei beabsichtigt.

London, 18. November. (Eigener Funkbericht.) Auf die am Donnerstag nachmittag durch MacDonald an den Ministerpräsidenten gestellte Anfrage, ob die Regierung bereit sei, angesichts der großen Bedeutung der Kohlenindustrie für England über deren Lage schon in den nächsten Tagen im Unterhaus eine Erklärung abzugeben, erwiderte Baldwin, daß er unter den gegenwärtigen Umständen nicht versprechen könne, einen neuen Tag zur Diskussion zur Verfügung zu stellen. MacDonald erklärte darauf, daß die Arbeiterpartei an einem der kommenden Tage folgenden Antrag stellen werde: „Das Unterhaus protestiert dagegen, daß der Premierminister, trotz des Mißtrauensantrags der Arbeiterpartei sich fortgesetzt weigert, eine Erklärung zur Haltung der Regierung über die Kohlenfrage in England abzugeben.“

## Schlechter Gesundheitszustand Macdonalds?

London, 18. November. „Daily News“ berichtet, daß die ärztlichen Ratgeber Macdonalds sich angesichts des sehr unbedingenden Zustandes seiner Gesundheit angeraten haben, für einen längeren Zeitraum ins Ausland zu gehen. Macdonald weigert sich jedoch, seinen Posten zu verlassen. Es sei aber äußerst zweifelhaft, ob er den Anstrengungen der Parlamentaristik auf die Dauer gewachsen sein wird.

# Wieder eine Lüge widerlegt.

## Zu Prozeß gegen Schott das Reichsbanner völlig entlastet.

München, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begann in München ein Prozeß gegen den kaum 18jährigen Arbeitsburschen Karl Schott und vierzehn Mitschuldige. Sie sind beschuldigt, am Abend des Himmelfahrtstages bei einer Schlägerei mit Nationalsozialisten den Schuhmacher Georg Fitzmann geißelt zu haben. Im Verlauf der Vernehmung bekundeten sämtliche fünfzehn Angeklagten übereinstimmend, daß der erste Angriff von den Nationalsozialisten ausgegangen war. Dabei hätten sich die Hiltlerleute mit Gummistöcken und ähnlichen Werkzeugen bedient. Von den drei Reichsbannerleuten Wilsch, Kemethmüller und Lindlbauer steht fest, daß sie erst im Laufe der Auseinandersetzungen in die Kaufereien verwickelt wurden. Die übrigen zwölf Angeklagten gehören dem Reichsbanner nicht an. Damit ist die verlogene Behauptung, daß der Überfall vom Reichsbanner planmäßig vorbereitet worden sei, wie übrigens früher schon durch den Innenminister Dr. Stübel selbstgestillt wurde, glatt widerlegt.

Bei Lindlbauer war die Erregung, die er gegen die Nationalsozialisten hegte, begreiflich. Er wurde bereits zweimal von Nationalsozialisten überfallen und schwer mißhandelt. Das erste Mal wurde er in der Nacht vom 1. zum 2. Januar dieses Jahres von vier Hakenkreuzlern überfallen und mit Stabtruten bearbeitet. Das zweitemal, etwa vier Wochen vor dem großen Zusammenstoß, rissen ihn Hiltlerbanditen vom Fahrrad und mißhandelten ihn mit Schlagringen und Stabtruten. Auch am 25. Mai waren nach Aussage der Angeklagten sämtliche Nationalsozialisten mit ähnlichen Waffen ausgerüstet. — Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt.

München, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem Münchener Landfriedensprozeß gegen Schott und 14 Genossen wurden am zweiten Verhandlungstag insgesamt 24 Zeugen vernommen. Zunächst kamen die faden Nationalsozialisten an die Reihe, die am 25. Mai den provozierenden Umgang durch den Arbeiterklubfestigung veranstaltet hatten. Die Zeugen trugen ein sehr überhebliches, herausforderndes, zum Teil freches Benehmen zur Schau. Sie erzeuften sich dabei weitestgehend der Loyalität des Richters, der B. einen der die Angeklagten fortwährend als Lumpen bezeichnet, erst auf deren Protest hin äußerst langsam zurückwies, Rechtsanwält Kuhnbaum machte schließlich erst entschieden gegen die Prozeßführung des Richterlichen protestieren, weil dieser mehrere Grenzfragen der Angeklagten und der Verteidigung als bedeutungslos und lebensfähig abzutun bestrebt.

Zeuge Rosenwint, der Fahnenträger des nationalsozialistischen Trupps, betonte, daß Schott den ersten Schlag gegen Hiltlerstein führen wollte und ihm dieser durch einen heftigen Hieb ins Gesicht zuvorgekommen sei. Auf die Frage eines Verteidigers erklärte er, daß er bis heute nicht zum Schlagen, sondern zum Stechen bereitgehalten habe. Ein weiterer Zeuge betonte, daß die Stimmung der Menge erst in dem Augenblick zu ungunsten der Nationalsozialisten umgeschlagen sei, als Schott mit der Fahnenstange verwundet worden war. Er meinte aber, Schott sei selbst in die Fahnenstange hineingerannt.

Von den weiteren Zeugen wurde ein großer Teil uninteressant vernommen. Sie sagten über die Vorgänge beim Primus-Palast fast übereinstimmend aus, daß die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Im übrigen ergaben diese Aussagen, daß Reichsbannerleute in Uniform an der Kauferei nicht beteiligt waren.

München, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) In dem Münchener Landfriedensprozeß wurde am Donnerstag die Beweisaufnahme geschlossen. Es kamen noch 20 Zeugen zum Wort, größtenteils Augenzeugen der bekannten Vorgänge. Einer von ihnen, der in der Nähe des Primus-Palastes wohnte, hatte am Abend vom Fenster aus gesehen, wie zwei der heranmarschierenden Hiltlerleute aus dem Jense heraus und auf eine Gruppe junger Burken zutraten. Er behauptete auf das Bestimmteste, daß die Nationalsozialisten zuerst zugeschlagen hätten. Es habe von Anfang an den Anschein gehabt, daß die Nationalsozialisten nur zu dem Zweck über die Straße räumten, um angzugreifen. Einer der jungen Arbeiter habe einen Schlag ins Gesicht erhalten, jedoch er rückwärts zu Boden fiel. Der ganze Prozeßverlauf ließ immer deutlicher erkennen, auf welche schwachen Füßen die Anklage steht. Sie hatte sich bei den meisten Angeklagten auf heillos verworrene polizeiliche Vernehmungen gestützt. In welchem Geiste sie geführt wurden, geht aus einer Aussage des Zeugen Krug hervor, dem der diensthabende Polizeibeamte erklärt hatte: „Wenn ich ein Hakenkreuzler wäre, dann hätte ich den Revolver genommen und euch alle niedergeschossen!“ Dieser Zeuge, ein Reichsbannermann, betonte u. a. auch, daß er mehrmals von Hakenkreuzlern-nachlässigerweise von rückwärts überfallen und mißhandelt worden ist. Auch andere Zeugen berichten von nationalsozialistischen Überfällen auf wehrlose alleingehende Arbeiter.

# Hanebichene Justiz!

## Ein unglaubliches Racheurteil.

Leipzig, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Arbeiter Gustav Hinz und Karl Schilling aus Königberg hatten sich vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts am Donnerstag wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu verantworten. Beide Angeklagte sollen im Februar dieses Jahres eine Broschüre, überschrieben „Für die Republik“ an 300 Personen und Reichswehrsoldaten verteilt haben. Die Broschüre soll zur Verhinderung der Reichswehrsoldaten angefordert haben. Obwohl die Angeklagten geständig sind und angeben, nicht gewußt zu haben, was in dieser Broschüre stand, verurteilte das Gericht beide Arbeiter zu je einem Jahr sechs Monaten Festungshaft und 150 Mark Geldstrafe.

## Was Herr Marx für anständig hält.

Das Organ des Jungdeutschen Ordens, „Der Jungdeutsche“ veröffentlicht jetzt den Wortlaut eines Briefes, den das Mitglied seines Ordens, v. Tressow, am 11. Oktober, an den Reichstanzler Marx gerichtet hat. Tressow nimmt darin Bezug auf die Erklärung des Kanzlers im Reichstag, in der er ihm — um Keudell zu lächeln — „groben Vertrauensbruch“ nachgeredet hat. Tressow spricht die Erwartung aus, daß der Reichstanzler diese Erklärung, nachdem das Gericht ihre Unhaltbarkeit festgestellt habe, aus freien Stücken im Reichstag widerrufen werde. Auf diesem Brief ist bisher eine Antwort nicht eingelaufen. Nicht einmal den Empfang zu bestätigen, hat Herr Marx für notwendig gehalten.

## Ganz wie bei uns.

## Auch Poincaré will aus Wahlgründen die Agrarölle erhöhen.

Paris, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) In Verfolg einer Unterredung, die der französische Ministerpräsident am Donnerstag mit dem Landwirtschaftsminister hatte, wird eine Erhöhung der Einfuhrzölle für eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse angekündigt. So soll u. a. der Zoll für Getreide auf 35 Franc für den Doppelzentner erhöht werden. Diese Maßnahme kommt umso überraschender, als Poincaré selbst in allen Polemiken mit der Linken immer wieder als das Hauptziel seiner Finanz- und Währungspolitik einen vernünftigen Abbau der Zölle bezeichnet hat. Sie wird von der Regierung damit begründet, daß die Landwirtschaft unter einer schweren Krise leide, was in Wirklichkeit keineswegs zutrifft. Wenn Poincaré sich dennoch zu einer mit seiner ganzen bisherigen Politik in diametralem Widerspruch stehenden Maßnahme entschlossen hat, so kann es sich hier nur um ein wahrhaftiges Manöver handeln. Durch ein Geschenk auf Kosten der Verbraucher, die es in kurzer mit einer neuen Steigerung der Lebenshaltungskosten bezahlen müssen, soll die Landwirtschaft, in deren Reihen die Unzufriedenheit mit der Politik des Ministeriums Poincaré nicht minder groß ist als in den Städten, für die Regierungsparteien gewonnen werde.

# Neuer Aufruf in Kanton.

## Schwere Niederlage der Kantingtruppen.

London, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) Aus Kanton (China) wird ein neuer Aufruf gemeldet. Der amtliche britische Nachrichtenbericht bezeichnet ihn als „einen Versuch der Arbeiterpartei, die Stadt in Besitz zu nehmen“. Nach dieser Meldung sind die Kämpfe am Mittwoch ausgebrochen. Der Feuerwechsel zwischen den sich bekämpfenden Parteien habe am Donnerstag in verstärktem Maße eingesetzt. In Kanton ist inzwischen der Kriegszustand ausgerufen worden. Auch die übrigen Nachrichtenbüros melden einen Versuch der Arbeiterbewegung, Besitz von der Stadt zu ergreifen. Die Arbeiter hätten das Hauptquartier in Besitz genommen. Gleichzeitig wird aus China gemeldet, daß im Norden die Truppen der Kanting-Regierung eine schwere Niederlage durch Sun-Chuang-Fang erlitten haben.

## Die Kuomintangregierung erobert Sankau.

Sankau, 17. November. Die Nacht ist ruhig vergangen. Die streikenden Streitkräfte der nationalsozialistischen Regierung von Kanton haben Sankau (dieser Name ist den aneinander grenzenden Städten Sankau, Wu-chang und Hong-ang gegeben worden) heute vormittag in Besitz genommen. Es herrscht gegenwärtig ein Zustand der Ruhe. Die neue an den kommenden Truppen größtenteils Kuomintang-Heute von der letzten Armee des Generals Tscheng-tscheng-ku sind, die in schlechtem Ruf stehen. Die Kaufleute sind belagert wegen der geplanten Ausgabe von Banknoten. Proklamationen sind in der ganzen Stadt angeschlagen worden, in denen erklärt wird, daß die Banknoten als Zahlungsmittel angenommen werden müssen, widrigenfalls strenge Strafen verhängt werden.

## Der Wikingbund gibt Klein bei.

Der Prozeß gegen den Wikingbund, Bezirk Sankau, der am 18. November vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts beginnen sollte, wird — wie uns aus Leipzig gemeldet wird — nicht stattfinden, da der Wikingbund die Beschwerde inzwischen zurückgezogen hat.

# Aus Schlessien.

## Schlessiens weiblicher Domela.

Deutsche Schicksal der letzten Orden. — Rücksicht mit China. Einde bei Nacht eingenommen wird wie Kahlau. — Danteschleife für „Wundermedizin“ leicht erhältlich. — Sieben Monate Geheißnis für Ostille Gerlach als Waise.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß in Waldenburg ein weiblicher Domela aufgelaucht war. Es handelt sich um die 49 Jahre alte Ostille Gerlach aus Berlin, die eine ganze Anzahl angesehener Bürger geschöpft hatte. Sie gab vor, Prinzadjuvantin zu sein, ferner dem ehemaligen Kaiser in Doorn und mit hochgestellten Persönlichkeiten wie Madonnen usw. in Verbindung zu stehen. Sie zeigte den Leuten Orden, Broschen und andere Schmuckstücke, die sie von den genannten Personen, insbesondere von dem ehemaligen Kaiser als Auszeichnungen erhalten habe usw. Dies alles war der Anlaß, daß insbesondere poltisch rechtsgerichtete Kreise auf ihren Schwelbel herinfließen, sich von ihr behandeln lassen, ihre „Radium-Medizin“ kauften und sie monatelang bei sich behielten.

Ostille, die entschieden eine psychologische Begabung für das Seelenleben des deutschen Spiechbürgers besitzt, stand nun vor dem erweiterten Schöffengericht in Waldenburg, wo 17 — von vielen ungenannten — Zeugen über die geschäftlichen Beziehungen mit ihr berichteten. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Gerlach als die Tochter eines Majors in Berlin geboren wurde. Im Jahre 1928 kam sie zum ersten Male nach Waldenburg zu einer Tante und hatte sehr schnell herausgefunden, daß es hier noch Leute gibt, die leichtgläubig sind und ein offenes Portemonnaie haben. Sie erzählte, daß sie von ihrer Großmutter eine Hülle mit Radium gegeben habe, aber erst durch eine „plötzliche Offenbarung“ sei sie auf die Heilkräfte dieses Radiums aufmerksam geworden. Zuerst habe sie es an sich selbst ausprobiert und, da sie akhmalend war, sich selbst ausgeheilt. Weiter erzählte sie den Leuten, ihr Vater sei Major und Stadtrat in Berlin, sie habe ehemals am Berliner Gymnasium Vorlesungen über die Radiumheilmethoden gehalten und sei daraufhin vom ehemaligen Kaiser nach Doorn und vom braun-schweigischen Herzog bestellt worden. Beide hätten sich von ihr kurieren lassen, seien geheilt worden, wofür sie dann Orden, Broschen usw. erhalten habe.

Für „hervorragende Tätigkeit“ beim — Stahlhelmtag, wo sie sich angeblich als Krankenpflegerin betätigte, wolle Ostille von Madonnen einen Orden erhalten haben, den sie in Waldenburg mit anderen „Ehrenzeichen“ spazieren trug. Natürlich glaubten viele ebenso wie an ihre medizinischen Fähigkeiten auch an diese — übrigens gar nicht so unwahrscheinliche — Ordensgeschichten und an ihre Frömmigkeit. Manchem bekam sie „göttliche Offenbarungen“, die ebenfalls gute Abnehmer fanden.

Der Gericht gab sie nach langem Raunigen zu, daß die angeblichen Verbindungen zu Fürstinnen usw. erlogen waren, daß ihre „Radium-Medizin“ aus Kirschblat bestand, der mit China-rinde durchzogen war. In ein schallendes Gelächter brachen die Zuhörer aus, als erwähnt wurde, daß sie ihren „Patienten“ ausgegeben hatte, die Medizin nur im Dunkeln zu schlucken — die Wirkung sollte dadurch besser sein. Ein Hiltlerchen der verkauften „Radium-Medizin“ kostete sie einige Pfennige, während sie es für 6,50 Mark verkaufte. Das Geschäft ging sehr gut. So haben einzelne ihrer Patientinnen bis 200 Mark für die „Kur“ bezahlt, ungerchnet die Kosten, die der Aufenthalt und Verpflegung der Heilkünstlerin bei den Patientinnen verursachten. Heftigkeit läte es auch aus der Richter der Angeklagten nachwies, daß sie selbst ihr Stimmaleiden gar nicht geheilt haben könne, denn bei ihrer Verhaftung habe sie doch gebeten, ihren Koffer von einem Dienstmann tragen lassen zu dürfen, da sie akhmalend sei. Der geladene medizinische Sachverständige bezeichnete die Angeklagte in gewissem Sinne als geistig minderwertig.

Das Gericht nahm als Milderungsgrund die Tatsache an, daß ihr von leichtgläubigen Menschen das Vertrauen leicht gemacht wurde, denn man hat sie förmlich mit Danteschleife überschüttet und ihr sogar noch nach Berlin riesige Nebenmittelpakete nachgeschickt. Sie wurde nur zu sieben Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

## Arbeiterlos.

## Den Kopf vom Kumpf gerissen.

Einen schrecklichen Tod fand auf der Hedwig-Wunsch-Grube in Hindenburg der Maurer P. Köhrig. Während er in einem Schacht arbeitete, setzte sich aus bisher unbekannter Ursache der Förderkorb in Bewegung und riß dem Unglücklichen den Kopf vom Kumpfe. Der Tote hinterläßt drei unverpflegte Kinder.

Wingl. Ein Kind in der Dreschmaschine. Das etwa fünf Jahre alte Töchterchen des Stellenbehalters Gläser aus Ruhren geriet infolge eines unglücklichen Sturzes in das Getriebe einer Dreschmaschine. Dabei wurde dem Kinde der Kopf derart zugerichtet, daß der Tod sofort eintrat.

Schmelzhit. Wenn man die Lohnsteuer nicht abführt. Der Kaufmann und Buchhändler K. wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er 108 Mark Lohnsteuer nicht abgeführt hat. Das Gericht bezeugte diese Steuerhinterziehung als besonders verwerflich, da es sich bei der Lohnsteuer um Gelder handelt, die den Arbeitern und Angestellten abgezogen worden sind, und dem, der sie abzuführen hat, gar nicht gehören.

Waldenburg. Eine Sammlung für Waldenburger Bergarbeiterkinder. Der Vortragende Ludwig Harbt hat anlässlich eines Heine-Abends in Breslau nach dem Vortrag des Weberliedes eine Heine-Sammlung für minderbemittelte Kinder im Waldenburger Kohlenrevier veranstaltet, die den Betrag von 161,25 Mark ergab. Diese Summe wurde der „Schlessischen Bergwacht“ übermitteln, die sie der Arbeiterwohlfahrt zugeleitet und öffentlich den Spendern herzlich gedankt hat.

Waglau. Freitod aus Kerpenserküttung. Zu dem Selbstmorde eines jungen Mannes, der sich auf der Strecke zwischen Hedewaldau und Kahlau vom Zuge überfahren hatte, wird mitgeteilt, daß in dem Getöteten der Fahrer K. a. f. m. a. n. aus Wandsbeck im Kreise Wingl. ermittelt worden ist. Er hatte sich bereits am 11. d. Mts. von seiner Wohnung entfernt und war seitdem unversehrt. Kahlmann war Anfang der dreißiger Jahre und litt an Nervenzerüttung. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Antonienwall. Rigb. Tod bringendes Spiel. In dem walenheit der Eltern machten sich die Kinder des Waldarbeiter Paul Geier am Brennenden Dien zu schaffen. Während sie das Kleid des 24 Jahre alten Waidens Feuer. Ehe dem Kinde Hilfe zuteil werden konnte, hatte es so schwere Brandwunden erlitten, daß es noch am selben Abend verstarb.

Reife. Ein anständiger Reichsaber. Rade an der scheidenden Grenze zwischen Hainsdorf und Schammelsdorf tauchte ein Stellenbehalters aus Wandsbeck seiner Nacht auf. Bis seit längerer Zeit vergeblich mit Anträgen verfehlt hatte. Als das Mädchen, das in Schammelsdorf bedienstet war, auf dem Wege nach Sch. an einer einsamen Stelle vorbeikam, fiel ihr Duster über sie und sie richtete die Hand verweilt. Während mit dem Mörder in nächster Nähe war. Durch die anständigen Schritte der Heber-fallenen wurden Einwohner des nächsten Dorfes aufmerksam und trachten die sehr schwer Verletzte ins nächste Krankenhaus zu bringen. Es gelang aber die Gruppe zu verlassen.

**Stadttheater**  
Freitag 19.11.  
10 bis nach 22:  
A. W. Wolf, Erste H.  
Die Schneider  
von Schöndau.  
Sonnabend  
10 bis nach 22.15  
Erkauführungs:  
Die verurteilte Entfall.  
Sonntag  
10 bis nach 22.30  
Ermäßig. Gastspiel  
Ivar Andriessen:  
„Pachfal“

**Schauspielhaus.**  
Opernstubliothek.  
Tel. Stephan 36300.  
Täglich 20 Uhr:  
„Ich hab' mein Herz  
in Heidelberg  
verloren!“  
Sonntag 15.11. Uhr:  
Die Birtusprinzessin.  
Mittwoch 20 Uhr:  
Zum 25. Male!  
„Ich hab' mein Herz  
in Heidelberg  
verloren!“

**Lobe-Theater**  
Tel. Ring 5774.  
Freitag 20 Uhr:  
Standal um Dny  
von Heinrich Zigerstein.  
Sonnabend 20 Uhr:  
Schiffel Carola Tolle  
in: Der Garten Eden.  
4 Kapitel aus dem Leben  
eines „unanständigen“  
Wädchens von  
Bernard und Deterleher.  
Sonntag 15.30 Uhr:  
Zu kleinen Breiten!  
„Clavigo“  
Sonntag 20 Uhr:  
„Penthesilea“  
von Kleist.

**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 1700.  
Freitag 20 Uhr:  
Grenadier Zeltling.  
Sonnabend 20 Uhr:  
Standal um Dny  
Sonntag 15.30 Uhr:  
Zu kleinen Breiten!  
Grenadier Zeltling.  
Sonntag 20 Uhr:  
Grenadier Zeltling.

**Trad- u. Kost-  
Umzüge**  
Herm. Mohaupt  
Karlstraße 1, Tel. R. 1301  
über Albrechtstraße.

**Gelegenheitskäufe**  
in gebräuchl.  
Herren-Mänteln  
von 6.- Mk. an  
Anzüge / Pelze  
aus Damen-Mänteln  
von 8.- Mk. an  
Klosterstr. 30/32  
kleiner Laden 1007

**Deutscher Galzarbeiter-Verband**  
Verwaltungsgesellschaft Breslau.  
Sonnabend, den 19. November  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses  
**Herbst-Vergnügen**  
Veranstaltung mit großer Toilette  
unter Mithilfe  
des Rindfleischvereins „Seimattlinge“.  
**Konzert mit Tanz**  
Eintritt: Herren 80 Pf., Damen 70 Pf., inkl. Steuer.  
Um gütigen Bescheid bitten. Der Vorstand.

**Reiseveranst.**  
Alle Skat-Freunde treffen sich am Sonntag, 20. Nov., im  
Osterr. Bürgerstube  
beim Biele Karle  
**großen Skat-Turnier**  
Spielzeit von 10 bis 12 Uhr bis abends 9 Uhr  
Gleichzeitige Preis-Sammlung und Sonntag  
billiger Bierpreis. Schauen zu!

**Wartburg**  
Nur bis Montag!  
Marcella Albani  
Paul Richter  
Mary Johnson, Paul Wegener in  
„Dagfin, der Schneeschuhläufer“  
nach dem gleichnamigen Roman. 10 Akte.  
Ferner: Das Sonnen-Absenteeur  
**Rivalen des Ozeans**  
7 Akte.  
**Deutig-Woche!**  
Am Totensonntag dasselbe Programm  
Sonntag 3 Uhr: Dr. Minderers-Vorstellung  
„Rivalen des Ozeans“  
und das Teilprogramm. 14106

**Zentral-  
Theater, Westendstr. 50**  
Nur Freitag bis Montag!  
Asta Nielsen  
in  
**Gehetzte Frauen**  
6 Akte  
nach dem Roman „Breitweges“ von A. v. Brunsow  
Ein Film von Liebe, Sehnsucht, Leidenschaft  
Erstklassiges Balletprogramm • Emska-Woche

**So billig**  
sind wir  
durch unsere  
**großen Einkäufe**  
1 Erenschere . . . 0.10  
2 Ala-Einzel . . . 0.25  
1 Taschenrechner 0.35  
1 Brotkorb, dek. . . 0.75  
1 Taschenlampe  
kompakt . . . 0.95  
1 Isolierflasche  
mit Geranil . . . 0.95  
1 Werkzeug-  
Leuba-geschnitten 0.95  
1 Kohlenkasten  
mit Doppelboden . 1.25  
und  
**So ersichtlich**  
sind unsere  
Waren  
durch die guten  
Bedingungen die wir zu  
unseren Lieferanten haben.  
Portiergangart  
vermest. 1.80 aus-  
ziehbar . kompl. 1.75  
1 Paar Schiffschuhe  
fets-fett . . . 1.95 an  
1 Öfenbrator  
Güßchen . . . 2.75  
1 Spirituskocher  
mit Dellen . . . 2.95  
1 Brotbüchse, in  
Fabrik-ganzenmetall. 4.75  
1 Gaskocher  
2 Flammen . . . 10.95

**Öfen** von 7.75 an  
sowie alle Ofenzubehör-  
teile, äußerst billig  
**Eisenhandlung  
Zentrum**  
Oderstraße 3.

**Druderei  
Volkswacht**  
fertig  
moderne Druckmaschinen  
Breslau 2, Kurfürst. 4/6

**Stiegfried**  
Lichtspiele  
Friedr. Wilhelm Str. 67  
**Feuer, Feuer - Hilfelli**  
Der große Feuerwehrfilm unter Mitwirkung  
der gesamten New-Yorker Feuerwehr  
„Noch klingt das Lied vom braven Mann“  
Dieser Film ist gewidmet  
Den samstagslosen Helden  
den vielen tapferen Männern der ganzen Welt,  
die in selbstloser Hingabe u. Pflichterfüllung  
ihren schweren Beruf nachgehen, jeden Augen-  
blick bereit, das Leben für das Wohl ihrer  
Mitmenschen einzusetzen, um gleich darauf un-  
beachtet im Dunkel des Alltags unterzutauhen.  
Außerdem: 4767  
**„Vier Tage mit der Emden“**  
und die Emska-Woche.  
Dieses Programm ist auch für  
Totensonntag genehmigt!

**Gut und billig,  
der weiteste Weg lohnt!**  
Aus eigener Anfertigung:  
Winter-Mäntel schwarz u. farbig, mollige Stoffe, 25.50  
moderne Form . . . nur 25.50  
Paletot 2-reihig, mit Samtkragen, schwarz und 26.50  
mangro . . . nur 26.50  
Rock-Paletot schwarz, streng modern, 32.00  
Elegante Gabardine und Kammgarn Anzüge 28.50  
neueste Muster, Ersatz für Maß . . . von 28.50 an  
Winter-Joppen gute Qualitäten, 3-fachbillig  
Kieler Mäntel aus Marine-Melton, warm ge- 7.90  
lüttert. . . . . 7.90  
Knaben- u. Mädchenmäntel aus Rest-n gearbeitet weit unter Preis  
Tuch- und Maßgeschäft 14104  
**Cheimowitz**  
Nur Sadownstraße 4, 3. Etage.  
3 Minuten vom Hauptbahnhof. Keine Ladentafel.



**Die zwei Kennzeichen der Echtheit**  
Vor fast 40 Jahren hielt *Palmin* seinen Einzug in die deutsche Küche. Erfahrene Hausfrauen, denen die Geheimnisse der Kochkunst wie auch die Tugend wohlwogener Sparsamkeit zu eigen waren, erkannten schon nach den ersten Proben die vielen Vorzüge dieses naturreinen Fettseife.  
Seitdem fehlt es nicht an Versuchen, der Hausfrau statt der begehrten *Palmins* irgendwelche anderen Kokos-Speisefette mit fast gleichklingenden Namen und in täuschend ähnlichen Packungen in die Hand zu stecken. Achte darum beim Einkauf genau auf  
**1 PALMIN** - das Wort  
**2 Dr. Schlinck** - den Namenszug

**Hosen**  
für Ihren Beruf und zur Ergänzung  
Ihres Anzuges. Durch Eigenfabrikation  
billigste Preise bei bestem Material!

|  |       |
|--|-------|
| Arbeits-hosen aus einreihiger Zwirn- und Cord-Stoffen . . . . .  | 2.75  |
| Strapazier-hosen aus gestreiften Kammgarn-stoffen . . . . .  | 4.75  |
| Elegante Hose a. pa. Kammgarn u. Melton-Cheviot, s. l. reinw. Qualitäten, 36.-, 33.-, 24.50            | 19.50 |
| Sport-hosen in Breches- u. Knickerbockerform, a. pa. Cord- u. Cheviot-Stoffen, 18.-, 14.50, 12.-, 9.90 | 7.95  |
| Reit-Breeches-hosen aus besten Cord- und karierten englischen Stoffen, 33.-, 29.50                     | 22.50 |

**Rudolf Petersdorff**  
Breslau, Ohlauer Straße 8

**ÖFEN**  
Original Ausgraves  
ALLEINVERKAUF  
**Beier & Olowinsky**  
BRESLAU, HERREN-STR. 31 u. 33  
SCHWEIDN. STADTORB. 11 u. 12

**Max Schönfelder**  
Kaffee-Rösterer, Tee-Import  
Waren-Verhandlung u. Weingroßhandlung  
Breslau 1, Albrechtstraße 56.  
Dies gang besonders vorteilhaft empfehle  
**Frühobst-Marmelade**  
soeben von neuer Ernte wieder eingetroffen und bringe diesen Posten gang billig wie folgt zum Verkauf:  
der 5 Pfd.-Eimer n u r 2.05 Mk.  
der 10 Pfd.-Eimer n u r 3.85 Mk.  
Ich rate zu sich n e i s t e r Versorgung.  
Der für mich eigens aus reiner Klettendorfer Raffinade angefertigte  
**Runkel-Honig**  
findet überall Anklang und wird gerade jetzt bei den enorm hohen Butterpreisen vielfach als Aufstrichmittel beborzugt. Ich nenne, nochmals meine anerkannt billigen Preise hiermit:  
1 Pfund n u r 52 Pf.  
5 Pfd. 1.55 Mk., 10 Pfd. 3.00, 25 Pfd. 7.25,  
50 Pfd. 14.25, 100 Pfd. 28.00 Mk.  
Soeben trifft bei mir ein großer Posten  
**frisch geräucherter Sprotten**  
ein, die ich zu dem sehr billigen Preise von 50 Pfennigen je Pfund  
2 Pfd. zusammengepackt mit nur 0.95 Mk.  
und die Riste, enthaltend etwa 5 Pfd., mit nur 2.25 Mk., folange Vorrat, abgebe.  
**Badobst-Artikel**  
Die ersten neuen  
**Bosnisch-Serbischen Pflaumen**  
sind eingetroffen, die ich bei gewohnt schnellem Umsatz wie folgt anbiete:  
Pflaumen, 100/110er, tiefschwarz, süß, je Pfd. 0.33 Mk., 5 Pfd. 1.55, 10 Pfd. 3.00  
Pflaumen, 96/100er, tiefschwarz, süß, je Pfd. 0.38 Mk., 5 Pfd. 1.80, 10 Pfd. 3.50  
Gemischtes Badobst in prachtvollen Qualitäten, das Pfund 50, 60 und 80 Pf.  
Deftigste Ranzigeisen soeben wieder eingetroffen, je Pfd. 35 Pf., 5 Pfd. 1.70, 10 Pfd. 3.30 Mk.  
Der große Verkauf  
in  
**Honig- und Pfefferkuchen**  
wird zu unverändert billigen Preisen  
fortgesetzt.  
14111 Verkauf und Bestand  
in der Albrechtstraße 56.

**Kaufhaus Nothenberg**  
Augustastr. 132 \* Gräbschener Straße 80  
Schellniger Straße 19 \* Lohestr. 36 Wundenbruchsstr.  
Reellste Bedienung Niedrigste Preise

**Gaststätte**  
**zum Dominikaner**  
Spezial-Ansicht der Brauerei „Zum Dominikaner“  
Festl. Veranstaltung, bestmöglichste Küche  
**Gut bürgerlicher Mäntel**  
Mantel von 1 Mk. an  
Jeden Dienstag  
**Schweinschlachten**  
Eisbeinchen  
Jeden Sonnabend und Sonntag  
Anschank von  
**Dominikaner Bock**  
Wilhelm Flöter.

**Gegen Grippe**  
die beste Abwehr!  
**Rotwein zum Glühwein** einricht. Glas 110  
Festl. Veranstaltung, bestmöglichste Küche  
**Jam.-Rum-Versch.** per Liter v. Fab. Mk. 3.00  
**Alle Bresl. Brantwein** p. l. 2.30  
**Th. Hupka, Likörfabrik**  
Nathansstraße 85 \* Adalbertstraße 21  
Schlesierstraße 35-37.

**Nähmaschinen** widerstandsfähig - 3 Mk. Abzahlung  
Schnellreißer von 3 Mk. an, auch 1.- Mk.  
Fahrräder 10 Mk. an, ebenfalls 1.- 5 Mk. Abzahlung  
**Fahrrad-Kramm**

**Was der Maltrierer auffand**  
Das antike Maltriermaterial mit  
den Randbemerkungen des Maltrier  
180 Seiten Brosch. nur 40 Pf.  
Vollwacht - Buchhandlung.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. November.

### Die Wahlschlacht ist geschlagen!

Die gestern abend beendete Krankenkassenwahl hat 6046 Personen an die Wahlurne gebracht. Davon waren 37 570 Wähler der Liste 1 der Freien Gewerkschaften, und 8 885 Wähler der Liste 2 des gesamten Wirtschaftsklassen im Sozialen Ausschuss für Arbeitnehmervertretung und soziale Wahlen.

Die Vertretung der Freien Gewerkschaften in Ausschuss und Vorstand ist demnach im Verhältnis von 70 auf über 75 vom Hundert gestiegen. Die Freien Gewerkschaften erhalten künftig im Ausschuss von 40: 30 Plätze und nur 10 die Christen, im Vorstand von 16: 12 Plätze und nur 4 die Christen.

Das bedeutet einen Erfolg, wie sich ihn die „Christen“ nicht haben träumen lassen. Er ist um so größer anzuschlagen, weil die Freien Gewerkschaften auf eine Einwirkung auf die Öffentlichkeit mit Flugblättern grundsätzlich verzichtet und sich nur auf eine stille Werbearbeit unter ihren Mitgliedern verlassen haben, während sich der Vorstand des Sozialen Ausschusses mit Flugblättern und Handzetteln sonder Zählung, die an Herabsetzungen und Verdächtigungen nicht zu überbieten waren, wiederholt an weiteste Bevölkerungsschichten gewandt hat und sich als Ziel die Beseitigung des freigewerkschaftlichen Einflusses gesteckt hatte. Religion und Glauben, Kängeln und Kirchenvorplätze wurden in den Dienst ihrer Werbestätigkeit gestellt.

Der Erfolg für die Freien Gewerkschaften wäre sicherlich noch größer gewesen, wenn die Wahlschritte am Donnerstag nicht verschiedentlich geändert worden wären, denn diese unserer Mitglieder hatten, nach Schluß der Wahlhandlung vergeblich vor den verriegelten Türen, weil sie noch glaubten, bis 10 Uhr abends ihrer Wahlpflicht genügen zu können.

Allen denen, die selbst unter erschwerten Verhältnissen, die es in Zukunft bestimmt unter abzuändern gilt, ihrer Wahlpflicht genügt haben, sei hiermit Dank ausgesprochen. Viel mehr Wähler aber müssen in Zukunft noch antreten, um den Einfluß der „Christen“ weiter zu verringern.

Kunmehr heißt es ans Werk zu ernster Verbesserungsarbeit!

### Die Jugend wirbt.

Im Rahmen der Werbewoche der sozialistischen Arbeiterjugend Breslau veranstaltete die Gruppe Ohauer Tor (Heim 2) am Sonntag abend in der Diener Schule einen „Bunten Abend“, der einen vollen Erfolg bedeutete. Erfreulicherweise war der Besuch außerordentlich stark und alle Erscheinungen dürften wohl mit dem Dargebotenen zufrieden gewesen sein. Die Musikgruppe der Kinderfreunde leitete den Abend mit einigen Kampfliedern ein. Gedichte, Volkstänze, einige kleine Jugendspiele und die Werbeprospekte des Genossen Kautz füllten das übrige Programm aus. Mit dieser Veranstaltung wurde sicher eine enge Verbindung der Parteigenossenschaft zur Arbeiterjugend hergestellt.

Am Dienstag fand ferner in der Aula der Viktoriaschule eine zentrale Werbeveranstaltung statt, die leider nur mäßig besucht war. Hier versuchte die zentrale Spielgruppe im ersten Teil des Programms das gesunde und unterdrückte Proletariat darzustellen, daß sich durch Zusammenschluß aber befreien kann. Vorher muß aber erst der Gedanke von der proletarischen Solidarität Gemeingut aller Arbeitenden geworden sein. Der Einbruch dieser Szene war außerordentlich. Im weiteren Verlauf des Werbeabends wurde das Leben im Jugendheim gezeigt. Volkstänze, Regitationen, Lieder und eine kleine Erzählung aus dem Wanderleben der Arbeiterjugend mit Bildbüchern beschloßen auch diese gut vorbereitete Veranstaltung.

Nun gilt es weiter zu werben, um alle Burschen und Mädchen des wertvollen Volkes in der sozialistischen Arbeiterjugend zusammenzufassen.

### Zweiterlei Maß?

Der Ring ist bekanntlich zur Banneile erklärt und infolgedessen ist dort das Marktzieren geschlossener Gruppen, sowie das Veranlassen irgend welcher Kundgebungen verboten. Diese polizeiliche Bestimmung mag gelten, wenn sie ohne Unterschied für alle Bürger gilt. Wenn aber Ausnahmen zugelassen werden, ist nicht einzusehen, welchen Zweck es haben soll, daß der Ring zur Banneile erklärt ist. Am Montag nachmittag veranstaltete eine Abteilung der Heilsarmee eine der von dieser Sekte bestellten Versammlungen mit Gesang und Ansprache auf der Grünen Ackerseite, bei der zahlreiches Publikum längere Zeit verweilte. Warum dürfen solche Versammlungen innerhalb der Banneile stattfinden, während man auf der anderen Seite selbst der kleinsten Gruppe den geschlossenen Durcheinander verwehrt? Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Entweder ist der Ring für alle Banneile, oder er ist es für keinen; auch für die Herrgotts-kreiter nicht.

### Die Gewerkschaftshaus-Bildspiele

bringen auch in den Spieltagen dieser Woche ein sehenswertes Programm. „Sibirien“, ein russischer Film, der die schmachvollen Folterkammern des Zarismus in der Peter-Paul-Festung und in Sibirien, die Leiden, der in die weiße Wüste verbannten revolutionären Elemente, die grausamen Gemaltaten des zaristischen Militärs, das Schmarogerleben der Kommandogewaltigen in den Gefängnissen, die Leiden der dem Hungertod überantworteten Straflinge in gelungenen Bildern zeigt. Der Schluß des Films geschieht in der Befreiung der Verbannenen durch die Revolution. Abschließend wird allerdings die den Film verwendete Liebesgeschichte. „Fern im Süd das schöne Spanien“ ist ein Kulturprogramm, in dem eine Reihe von Deutschland über die Schweiz durch das Mittelmeer nach Spanien im Bilde festgehalten ist. Kreuz und quer durch Spanien führt der Bildstreifen und veranschaulicht die landschaftlichen Schönheiten des westlichen Europas mit den nördlichen Schneegebieten und den tropischen fruchtbaren Landstrichen im Süden. Groß ist die Zahl der im Bilde festgehaltenen architektonischen Schönheiten; gleichzeitig vermittelte aber der Film auch geschichtliche Lehren, wie die Verhältnisse im Spanien. Im Nebenprogramm läuft noch ein lehrreicher Film über Kubas, das Land des Tabaks und des Kaffers, in dem auch die Verarbeitung beider Gewächse bis zum Export hin dargestellt wird. Eine lustige amerikanische Violine beschließt das Programm, das am Montag im 1. Saal zwei Vorstellungen bieten dazu heute noch Gelegenheit.

## Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Dürftigkeit der Tagesordnung zeugte auch gestern wieder davon, wie sehr die Stadt unter jener Geldnot und Teuerung leidet, die eine Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik im Reiche ist. Die Magistratspläne waren zu zwei Dritteln leer, da nichts von Wichtigkeit zu verketen war. Trotzdem wurde bis in die erste Stunde hinein getretet. Einmal war es die Errichtung von Aufbaulassen für Volksschüler, zu der sämtliche Lehrer bis zum Stahlhelm- und Patentkreuzprofessor Rudolf Scholz das Wort nehmen mußten, um die Sache am Ende auch noch in den Ausschuss zu bringen. Mit Bedenken des Bodenreformers Schmidt fing es an, denn es verträgt sich schon ganz gut, in Bodenfragen fortschrittlich und in Schulfragen rückwärts zu sein. Herr Strauß vom Zentrum interessiert an der Frage hauptsächlich, daß die Aufbaulassen konfessionellen Charakter haben, wahrscheinlich soll die Bibel auch bei den mehr als vierzehnjährigen noch das Hauptlehrbuch bilden. Und die deutsch-nationale Leuchte Rudolf Scholz hat herausgefunden, daß die Arbeiterkinder im allgemeine viel weniger begabt sind als die Kinder der Besitzenden. So war es nur der Demokrat Blech und unser Genosse Pletsch, die mit Wärme für den kleinen Fortschritt eintraten, der auf dem Wege zur Beseitigung des Bildungsmonopols der Besitzenden liegt.

Absolutes Blech geredet wurde mit einer Anfrage des Volksparteiters Krebs, wie der Magistrat die Geschäftsleute zu entschädigen gedenke, die „durch die Anlage des Fernheizwerkes monatelang in ihrem Gewerbebetriebe auf das empfindlichste geschädigt sind“. Bekanntlich haben die Rechtsparzellen der Stadt schweren Schaden zugefügt, indem durch ihre Schuld das Fernheizwerk um Monate verspätet in Angriff genommen wurde. Um vor den Wahlen diese Schuld zu verwischen, kamen sie mit der lächerlichen Anfrage, obwohl sie wissen, daß niemand einen Rechtsanspruch auf Entschädigung wegen Straßensubstanz vor seinem Hause oder Laden geltend machen kann. Uebrigens glauben wir

## Parteigenossen

### in den Betrieben!

Hast Du Deinem Kollegen schon das illustrierte Flugblatt gegeben? Wenn nicht, Sorge sofort dafür, daß Dein Kollege ein illustriertes Flugblatt erhält!

Im Sekretariat, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, 2. Etage, Zimmer 37, liegen noch Flugblätter zum Abholen bereit!

auch an keine Schädigung der Geschäftsleute in der Gartenstraße, denn mit der Beseitigung der Bäume, der Straßen- und Bürgersteigregulierung haben sich die Geschäftsverhältnisse dort so gebessert, daß Verger und Einnahmeverluste der Geschäftsleute bald ausgeglichen sein werden. Kein Geschäftsinhaber wird sich die früheren Verhältnisse zurückwünschen. Die Beratung bekam gleich die richtige Note, als Bürgermeister Dr. Herschel gewichtig auszuföhren begann, es handle sich um eine juristische, bautechnische und steuerliche Frage. Von den Sozialdemokraten kam da der Zuruf: „Und um eine humoristische!“ Genosse Bandmann kennzeichnet die Anfrage in sarkastischer Form als das, was sie war, ein sehr albernem Wahlmanöver, worauf der Deutschnationale Dr. Sujakowsky die Mitteldeutsche aufsteht und jagte, die Sozialdemokraten hätten nicht einmal ein Wort des Bedauerns für die geschädigten Geschäftsleute. Ja, mit Worten sind die Deutschnationalen immer nach allen Seiten verschwenderisch gewesen. Man kennt das ja besonders von der letzten Wahl her. Worte kosten ja nichts, weshalb soll da nicht eine geschlagene Stunde der Stadtverordnetenversammlung mit leeren Reden vertrieben werden? Vielleicht fällt doch ein Geschäftsmann auf den Homburg hinein und wählt die Schwarz-weiß-rot. Aber einer untersteht sich wieder vorteilhaft von seiner schwarz-weiß-rotten Umgebung, Professor Braune, der ausführt, daß ein solches Werk in vier-einhalb Monaten fertiggestellt worden ist, das hat uns noch keine andere Großstadt vorgebracht. Neben Stadtrat Zimmer war auch Herr Braune überzeugt von der guten Rentabilität des Wertes. Genosse Wölgel warf noch die Frage auf, ob jemand auch Arbeiter entschädigt, wenn sie wegen wirtschaftlicher Ereignisse erwerbslos werden. Da rief es von rechts: „Die erhalten Unterstützung!“ Ein schöner Vergleich, die Geschäftsleute der Gartenstraße und die Arbeitslosen, ganz deutschnational! Nachdem auch noch andere sich lang und breit ausgelassen hatten, war das Hornberger Schießen zu Ende. Immerhin ließ sich dann über Müdenbekämpfung auch noch allerhand sagen und so verging die Zeit.

Auf einen sozialdemokratischen Antrag hat der Stadtausschuss dem Magistrat empfohlen, den Tariflohn der städtischen Arbeiter um vier Fünftel die Stunde zu erhöhen. Genosse Pletsch trat gestern als Berichterstatter dafür ein, der Demokrat Dr. Sellberg, der Volksparteitler Krebs und der Zentrumsmann Unterberger wollten den Antrag aber an den Ausschuss zurückverweisen haben. Nachdem von beiden Seiten nach die Genossen Wölgel und Raab sehr energisch für die sofortige Annahme eingetreten waren, fand der Antrag eine geringe Mehrheit.

Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag, den Gewerkschaften nach Prüfung der Vorlage eine Weisung zu erteilen, von 20 Mark für den Gewerkschaften, 10 Mark für die

Chorfrau und 5 Mark für jedes Kind zu gewähren, kam bei der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr zur Verhandlung und ging sofort an den Ausschuss.

Nach Eröffnung der Sitzung und Verlesung einiger geschäftlicher Mitteilungen gedenkt Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Blech des am 7. November verstorbenen ehemaligen Stadtrats und Stadtdirektors Dr. Weber, während sich die Versammlung zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sigen erhebt. Eine Vorlage über Erwerb von Straßenland in der Herdainsstraße wird debattelos angenommen, während bei der folgenden Vorlage auf Gewährung eines zinsfreien Darlehens an das Bernhardin-Hospital, um den Anschlag des Güter-Luzins an die elektrische Stromleitung zu ermöglichen, Stadtdirektor Genosse Pletsch namens der Fraktion die Ablehnung beantragt. Das Gut Luzine hat in der Versammlung schon verschiedentlich zur Debatte gestanden, wo dem Pächter stets neue Erleichterungen außerhalb des Pachtvertrages gewährt wurden. So habe man ihm erst voriges Jahr ein Darlehen von 15 000 Mk. gegeben, die Stadt erlassen usw. Wenn das Gut nicht wirtschaftlich zu gestalten ist, solle die Stadt es lieber verkaufen oder was vorzuziehen wäre, aufzukaufen. Nachdem Stadtrat Best den Magistratsantrag noch einmal begründet und dabei die Behauptung aufstellt, die Arbeiter auf dem Gute würden wegen der Petroleumbeleuchtung (!) möglicherweise streiken, wird sie gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Bodenreformer angenommen.

Angenommen werden ferner nach kurzen Diskussionen einige Vorlagen über Anschaffung eines Kessels im Gaswerk Siebenhufen, Verkauf einer Fläche aus einem Feldgrundstück in der Nikolainstraße, Beantragung eines katastrischen Meliorationskredits zur Drainierung von Flächen auf dem Gut Luzine, Ankauf einiger Wiesengrundstücke und Abschluß eines Wasserlieferungsvertrages mit Klein-Mogbern. Dagegen wird ein Antrag, der den Verzicht der Stadt auf Aufwertung, Veräußerung und Tilgung eines für Erneuerungsarbeiten im Jahre 1920 an den Pächter des Schieferwerdes gegebenen Betrages, nachdem Stadtdirektor Genosse Pletsch Bedenken geltend macht, in den Ausschuss II verwiesen. Stadtdirektor Genosse Pletsch bringt alsdann einen Dringlichkeitsantrag ein, die Stadt wolle den Vertrag mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse bezüglich der Durchführung

der kostenlosen Heilbehandlung der Kriegshinterbliebenen und Bedürftigen, denen das Reichsversorgungsgesetz keine soziale Fürsorge zubilligt, endlich zum Abschluß bringen, der mit den Stimmen des Bürgerblocks in den Ausschuss III verwiesen wird, nachdem Stadtrat Genosse Tisch mitgeteilt hatte, daß sich der Magistrat bereits am 4. November mit dem Vertrage beschäftigt habe und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zukommen werde.

Recht lebhaft wurde es, als Stadtdirektor Genosse Pletsch eine Vorlage bezüglich Wiederholung der vorjährigen Müdenbekämpfung begründete und darauf hinwies, daß außer der Winter- auch die Sommerarbeit bekämpft werden müsse. Er hält ein engeres Zusammenarbeiten mit der Regierung für die angrenzenden Randgemeinden für erforderlich und beantragt deshalb Ausschussberatung. Stadtrat Genosse Dandberg teilt mit, daß leider keine Aussicht auf eine allgemeine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten für die angrenzenden Gebiete bestehe, da dieser erst die Befolge der Bekämpfung auf hinfälligem Gebiete abwarten wolle. Die städtische Müdenbekämpfung habe bisher, wie Entschärfen hervorragender Fälle, bewiesen, entschieden einen Erfolg gebracht. Für die Sommerarbeit sei noch eine andere Vorlage in Vorbereitung. Als Stadtdirektor die Frage der Heranziehung der Hausbesitzer zu den Kosten anspricht, erklärt Magistratsrat Raab dies für rechtlich nicht möglich, da für die Dauer des Winterlauchs des Hausbesitzers keine nachweisbaren Vorteile durch die Müdenbekämpfung entstehen. Stadtdirektor Sujakowsky wendet sich lebhaft gegen die Aufbürdung derartiger allgemeiner Lasten auf einzelne Stände. (Zuruf: Die Hausbesitzer hat ne Müde gestochen! Heiterkeit.) In jedem Falle müßten dann auch die Gartenbesitzer herangezogen werden. Zum Schluß wird die Vorlage nach dem Antrag des Berichterstatters in die Ausschussberatung verwiesen.

### Der Dedeneinbruch im Thalia-Theater

war die Ursache einer Magistratsvorlage, nach der den Vereinigten Theatern G. m. b. H. ein zinsloses Darlehen von 40 500 Mk. gegeben werden soll. Die Vorlage schießt die Genehmigung für einen bereits gegängelten Betrag von 20 000 Mark und die Entnahme aus dem Titel „Beiträge für Kunstzwecke“ in sich. Mit diesem Darlehen soll der Einnahmeverlust der gemeinnützigen Theatergesellschaft gedeckt werden. Stadtdirektor Stein demängelt nicht genügende Nachweisung des Ausfalles, während der Kommunist Weibel sich grundsätzlich gegen die Vorlage wendet. Stadtdirektor Weibel schlägt daraufhin vor, den vorausgabigen Betrag zu genehmigen und die Vorlage im übrigen in den Ausschuss zu verweisen. Stadtdirektor Weibel betont die Notwendigkeit, der gemeinnützigen Theatergesellschaft zu Hilfe zu kommen. Etwas Läden in der Nachweisung können im Ausschuss nachgeholt werden. Im allgemeinen sei sicher, daß die Theater das Geld benötigen und die Hebung des Breslauer Theaterwesens ein dringendes Erfordernis ist. Das Thalia-Theater sei sicher nicht, wie man aus den Ausführungen des kommunistischen Redners entnehmen konnte, ein Anziehungspunkt für zahlungssträchtige Fremde. Im Gegenteil, die Breslauer Theaterverhältnisse sind bedauerlicherweise geradezu unwürdige, und in Moskau habe man durchaus Verständnis für die Förderung des Theaterwesens. Man kann das Theater nicht lediglich unter dem geschäftlichen Gesichtspunkt betrachten, sonst bleibt die Kunst zurück. Schließlich wird nach dem Antrag des Berichterstatters der vorausgabige Betrag genehmigt und die übrige Vorlage in die Ausschussberatung verwiesen.

Eine sehr ausgedehnte, mehr pädagogisch wie allgemein interessierende Debatte entwickelte sich bei der Vorlage über Errichtung von vier gehobenen Volkshochschulen,

in denen Lehrende Volkshochschulen die Errichtung der mittleren Reife ermöglicht wird, an der sich die Stadtdirektor, Hr. Bläschke, Schmidt, Blech, Stadtdirektor Dr. Sauterbach, ferner die Stadtverordneten Rudolf Scholz, Gammann und Genosse Pletsch beteiligten. Genosse Pletsch vertritt die Notwendigkeit, in derartigen Volkshochschulen, die nur von den Fernstudien der Armen in Anspruch genommen werden, außer der Schulgebühren auch die Lern- und Lehrmittelfreiheit durchzuführen, während Stadtdirektor Sauterbach nachweislich erbringt, daß die Gehobenen sich auf die gutkultivierten Volkshochschulen beschränken. Zu diesem Zweck vertritt er eine lange Statistik, in der die Bezahlung einzelner Volkshochschulen zahlenmäßig (!) festgehalten ist. (Zuruf: Genosse Pletsch, und bei den Studenten?) Als pädagogischer Fachmann müßte er feststellen, daß gar nicht so viel Gehobene in den Volkshochschulen vorhanden seien. Man werde daher bei der Errichtung der Volkshochschulen nachgehobene Lehrende (!!) und das ist eine nicht unbedeutende Angelegenheit. (Zuruf: Genosse Pletsch, und bei den Studenten?) Stadtdirektor Sauterbach hat natürlich Recht, aber die Mittel für das Aufweisen hin und herweisen die Objektivität bei der

**FORNATEL** gegen Schnupfen Wirkung frappant!

Einmalen Auswahl in den nachgelassenen Aufschüssen. Nach einem sehr ausgedehnten Schlusssatz der Berichtshaltung Stadt. Wahlen wird die Vorlage schließlich in den Ausschuss III verwiesen. Ebenfalls sehr ausführlich wird über das Fernheizwerk

debattiert, als Stadtd. Krebs eine Anfrage einbringt, was die Stadt zur Verringerung der den Geschäftseigenen durch die Anlagearbeiten für das Fernheizwerk entstehenden Schäden zu tun gedenkt. Bürgermeister Heilberg stellt fest, dass diese Anfrage aus einem juristischen, hantwärtlichen (Zwischenruf: Von einem humoristischen) - Gesichtspunkt und einem feuerrechtlichen Teil besteht. Juristisch sei die Frage nicht diskutierbar, da ein Anspruch nicht vorliege und weder aus einem Verbot, noch aus einem Nebenvertrag (Zwischenruf: Kommt auf der Gartenstraße nicht vor!) abgeleitet werden könne. Stadtd. Heilberg legt in längeren Ausführungen die besonderen Schwierigkeiten der Fernheizanlage gegenüber anderen Heizanlagen dar und hält die erhobenen Vorwürfe über mangelhafte Beschleunigung der Arbeiten daher für unangebracht. Stadtd. Genosse Wankmann bezweifelt, dass diese Anfrage unbedingt notwendig gewesen sei oder nicht vielmehr nur dem Agitationsbedürfnis Rechnung trage. Stadtd. Unterberger hält eine allgemeine Rede gegen das Fernheizwerk, dessen Rentabilitätsmöglichkeiten er bezweifelt. Die Fernheizungsstudien würden brotlos (!) gemacht und auf diesem Wege eine

tafte Sozialisierung einleitet. (Beitrag auf der Linken.) Im weiteren Verlauf der Debatte sprechen noch die Stadtd. Heilberg, Wankmann, Braune, Bolig, Rohlfeld, Salpaop, Stein, der Stadtbaurat Dr. Trauer und Illmer, wobei von Illmer hervorgehoben wird, dass die Zweifel an der Rentabilität des Fernheizwerkes durch aus nicht sachlich gerechtfertigt sind. Es habe sogar während des Baues noch neue Anhaltspunkte gewonnen. Nun erhält Stadtd. Genosse Wankmann das Wort zur Berichterstattung über das Ergebnis der Ausschussberatungen des im September von unserer Fraktion gestellten Antrages auf Gewährung einer Mixturkaffeebeihilfe an die Arbeiterinnen, Arbeiter und Handwerker im Dienste der Stadt. Der Ausschuss empfiehlt statt der Wirtschaftsbetriebe eine

laufende Lohnzulage von 4 Pfennigen pro Stunde zu beschließen, da ein Ausgleich der verteuerten Lebenshaltung und Beschäftigung des bis April geltenden Tarifvertrages unbedingt geboten ist und auch anderwärts in den Kommunalbetrieben schon durchgeführt wurde. Stadtd. Heilberg macht die Frage nochmals in den Ausschuss verweisen, da die Finanzlage vorerst geklärt werden müsse. Stadtd. Krebs berührt die Auswirkungen in der Industrie, wenn die Stadt in der Laufzeit des Tarifvertrages die Löhne erhöht. Während Stadtd. Genosse Wankmann mit Nachdruck auf die Notwendigkeit eines Ausgleiches der Teuerung betont und der Kommunist Heilberg die Zulage auf 4 Pfennig erhöht wissen will. Der Rämmerer Dr. Felsch erhebt nunmehr ebenfalls um Jurisprudenz in den Ausschuss. Stadtd. Genosse Wankmann stellt fest, dass der Widerspruch unerwartet sei. Anknüpfend habe sich der Rämmerer erst jetzt bei den Ausschüssen des Stadtd. Krebs darauf besonnen, Bedenken zu haben. Die Forderung der hier zutage tretenden Haltung der bürgerlichen Parteien werde sein, dass die Gewerkschaften eben keine langfristigen Verträge mehr abschließen. Der Einwand, dass laufende Verträge nicht obergerichtet werden dürften, sei nicht stichhaltig. In dieser Bestimmung würden dauernd Verträge zugunsten der Gewerkschaften geschlossen, das heißt, zu deren Gunsten abgeändert. Krebs habe den wahren Grund der ablehnenden Haltung verraten — die Auswirkung auf die Industrielöhne sei ihre Haupt Sorge. Das formale Recht darf angesichts der Notlage der Arbeiter nicht ausschlaggebend sein. Eine Zurückverweisung an den Ausschuss käme einem

Beitrag an den Arbeiter gleich. (Beitrag auf der Tribüne.) Stadtd. Unterberger wendet sich hierauf gegen die nach seiner Ansicht in dem Antrag liegende Substanz (!) der Tarifverträge. Die Verhältnisse seien nicht so, wie hier geschildert wurde. (Echthafte Unruhe links.) Das Gehaltbare Geld (!), das den Arbeitern hier zugesichert werden sollte, dürfte ihnen nicht; man müsse stabile Verhältnisse schaffen. (Zwischenruf: Lebhafteste Unruhe links.) Nachdem nochmals der Rämmerer und die Stadtd. Wankmann, Krebs und Wankmann zu Worte gekommen sind, wird bei fast gestärkten Händen auf der rechten abgestimmt. Die Ausschussvorlage auf Erhöhung der Löhne um 4 Pfennige wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien von den Sozialdemokraten, Kommunisten, Bodenreformern und Völkischen angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag darf und Genossen auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die Gewerkschaften wird in den Ausschuss VIII verwiesen, eine dringliche Anfrage der Kommunisten wegen der Beschäftigten Einstellung der Rotkranzarbeiten in Margenau, wird, da der Dozent nicht anwesend ist, auf die nächste Sitzung vertagt. Schluss gegen 11 Uhr.

In der geheimen Sitzung wurde beschlossen, die Bauden Nr. 290 und 291 anzukaufen und für die Befestigung des am Hause Ring 52 angebrachten Wandbalkens eine Entschädigung zu zahlen. Die Bauden sind vom Durchgange nach der Stadtgasse zu legen. Die Vorlage war vom Magistrat mit Verkehrsbedenken begründet worden. Ferner wurde in geheimer Sitzung der Ankauf eines Grundstückes von rund 13 Hektar Größe westlich von Margenau beschlossen. Das Grundstück gehört zu den Margenauer Weiden, grenzt an die Ost- und ist von einem künftigen Grundbesitz umgeben.

### Rundgebung der Flüchtlinge, Gewalt- und Liquidationsgeschädigten.

Reichstagspräsident Ebe für baldige Hilfe. Gegen die Verschleppung der Schlupfgeschädigten veranlasste am Montag vormittag im großen Schauspielhaus der Deutsche Offbund, die Vereinigten Verbände der heimkehrer Oberflieger, der Bund der Auslandsdeutschen, der Hilfsbund der Elterngeldträger und der Verein heimkehrer Flieger, eine große öffentliche Rundgebung, die sehr gut besucht war. Eschieren waren unter anderem Reichstagspräsident Ebe, der Leiter der Zweigstellen Breslau und Oppeln des Reichsentschädigungsausschusses sowie Vertreter des Magistrats und der Gewerkschaften. In einer Begrüßungsansprache dankte Justizrat Dr. Friedländer vor allem dem Reichstagspräsidenten für sein Erscheinen und kam dann kurz auf die Forderungen der Flüchtlinge und Liquidationsgeschädigten und die durch den Reichsentschädigungsausschuss sowie durch die Entscheidung des hiesigen Landesgerichts dem Reichsentschädigungsausschuss gegenüber den Geschädigten zu sprechen. Eingehend mit diesen Verpflichtungen des Reichs befasste sich der Bundesdirektor des Deutschen Offbundes Gustav Berthel. Seit nahezu drei Jahren werden die Geschädigten des heftigen Opfers vergebens um Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen an deren endgültige Berücksichtigung durch den Reichsentschädigungsausschuss bemüht. In diesem Zusammenhang die Verhältnisse der Flüchtlinge und Liquidationsgeschädigten mit zu berücksichtigen, die Forderungen damals aber völlig unberücksichtigt blieben. Die Anforderungen werden durch den Reichsentschädigungsausschuss nicht berücksichtigt. Der Reichstagspräsident Ebe der Rede der Geschädigten anwesend

nöchste und Dank seines Einflusses dafür sorgen möge, daß der Reichstag sich entschließt, baldige und ganze Arbeit zu leisten. Als nächster Redner sprach Reichstagspräsident Ebe seinen Dank für die Einladung und für die Informationen aus, die er durch die Ausführungen des Vorredners erlangt habe. Er führte dann unter anderem aus: Die Hilfe, die der einzelne Mann Ihnen leisten kann, ist natürlich keine ausschlaggebende, die meine wird sich auf die technische Beschleunigung der Erfüllung ihrer Wünsche beschränken müssen. Der Redner hätte nicht geglaubt, daß er, nachdem er im Jahre 1920 das erste Mal in den Versammlungen der Geschädigten und Vertriebenen von deren Not gehört hatte, im Jahre 1927 noch immer vor denselben Dilemma mit unerfüllten Wünschen stehen müßte. Daß diese Sache Jahr um Jahr hat hinausgeschleppt werden müssen, daß sie kein Ruhmesblatt unserer Verwaltung, Deshalb gebe ich Ihnen die Versicherung, daß wir die Regierung drängen, daß sie nach dem Reichstag endlich den Entwurf überweist. Wenn er bei uns ist, kann versichert ich Ihnen, allen Einfluss auf die Parteien anzuwenden, daß sie ihn zur Erledigung bringen. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Vorredners, daß es eine große Gefahr sein würde, wenn etwa das Entschädigungsgesetz bis nach den Neuwahlen des Reichstages zurückgestellt werden sollte, sagte Reichstagspräsident Ebe, wenn er auch aus anderen Gründen für eine Beschleunigung der Neuwahlen wäre, so doch auf keinen Fall, bevor diese wichtige Angelegenheit erledigt ist. Jedoch liegt die letzte Entscheidung darüber, ob der Reichstag ein früheres Ende finden sollte, beim Herrn Reichspräsidenten. Deshalb würde ich es nicht für unangebracht halten, wenn eine Vertagung der heutigen Versammlung beim Reichspräsidenten vorliegt und ihn bittet, er möge eine einmalige Auflösung des Reichstages nicht eher unterschreiben, bis das Entschädigungsgesetz erledigt ist. Dann wäre es auch angebracht, daß in dem Augenblick, wo der Gesetzentwurf im Reichstag zur Beratung kommt, die Vertreter der Geschädigten noch einmal von den Parteien oder dem Ausschuss des Reichstages gehört werden bzw.

### Arbeiter-Bildungsausschuss Breslau.

Der Vorverlauf für den Filmvortrag „Geist und Maschine“ (Die Entstehung des Buches) von Fr. W. Pollin am Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses beginnt heute Mittag bei folgenden Vorverlaufstellen: Parteisekretariat der SPD, Gewerkschaftshaus, 2. Stock, Zimmer 36, Am Büfett des Restaurants des Gewerkschaftshauses, Bibliothek im Gewerkschaftshaus, Buchhandlung „Volkswacht“, Neue Traupenstraße 5, Buchhandlung „Volkswacht“, Neue Traupenstraße 11, Konsum-Verein „Vorwärts“ (Lagerhalle Sudow), Matthiasstraße 122, und durch die Betriebsvertragsleute. Eintrittspreis 30 Pf., für Erwerbslose und Jugendliche die Hälfte.

daß legiere sich von den berufenen Sachverständigen ordentlich informieren lassen. Auch hierfür will Reichstagspräsident Ebe seinen Einfluss geltend machen, mehr aber konnte er nicht versprechen. Als letzter Redner sprach der Jurist des Verbandes der heimkehrer Oberflieger, Polizeipräsident A. D. Liebermann in Breslau über die Ungerechtigkeiten der bisherigen Entschädigung. Zum Schluss wurde eine Entschädigung gefordert, in der es unter anderem heißt: „Die heute in Breslau abgehaltene Massenversammlung Verdrängter und Liquidationsgeschädigter legt auf die schärfste Veranschaulichung ein, gegen die Verschleppung der Erledigung des Kriegsschadensschlüssels und verlangt angeordnet der ungeheuren Not, die unter den Geschädigten herrscht, daß nunmehr mit größter Beschleunigung endlich die gesetzliche Regelung der Entschädigungsgesetzes stattfinden. Die Verammlung protestiert ferner gegen die völlig unzulängliche Gestaltung des Regierungsentwurfes. Sie stellt sich einmütig hinter die Arbeitsgemeinschaft der Interessiertenvertretungen für den Erwerb von Kriegs- und Verdrängungsschäden und verlangt, daß deren Vorschläge als Mindestforderungen der Geschädigten in vollem Umfange erfüllt werden. Mit den 2,8 Milliarden, die zur Durchführung dieser Vorschläge erforderlich sind, verlangt die Arbeitsgemeinschaft noch nicht einmal den dritten Teil dessen, was das Reich selbst als Gesamtsumme der angemeldeten Schadensfälle festgestellt hat, und nur den zehnten Teil dessen, was die Gesamtheit der Geschädigten außer den Schadensfällen an Vermögens- und Personalschäden, Einkommen- und Ertragsverlusten erlitten haben. Diese Forderungen tragen der verminderten finanziellen Leistungsfähigkeit des Reichs in weitgehendstem Maße Rechnung und stellen ein ungeheures Opfer dar, das die Verdrängten und Liquidationsgeschädigten auch im Falle der Durchführung der Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft für die Allgemeinheit bringen müssen. Der Regierungsentwurf macht den Ertragswiederaufbau oder eine Sicherung der bereits wieder errungenen neuen Ertrags in den weitesten Fällen unmöglich. Der darin vorgesehene völlig unzulängliche Entschädigungsstarif muß nach den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft erhöht werden. Die vorgesehene Enttragung des anerkannten Entschädigungsanspruches in das Reichshandbuch ist nicht geeignet, den betroffenen Geschädigten und dem Mittelstande zu helfen. Ihnen ist nur gebietet mit größeren Barzahlungen und leicht verwertbaren, leicht verzinslichen Schuldverschreibungen.“

Es geht schon wieder los! Nach kurzer Kassepause verzeichnet das Statistische Amt der Stadt Breslau von der vorigen Woche eine Preissteigerung bei Weizenmehl von 46 auf 48 Pf. Speise von 276 auf 278 Pf. und Raubkutter von 356 auf 360 Pf.

### Das Sonntagsgeschehen in der Sportarena.

Am vergangenen Sonntag ist in der Breslauer Sportarena alles vertreten, was in Deutschland als Mannschafts- und Sechstagesfahrer einen Namen hat. Die drei besten Paare Kroschel, Kroschel, Kroschel und Kroschel, Kroschel, Kroschel sind im Laufe der letzten Monate in internationalen Wettbewerben im Radradsport geworben. Kroschel-Kroschel haben inzwischen im Sommer Weltmeisterschaften auf ausländischen Bahnen wie Marseille usw. gewonnen, und ihre Auslandsreisen waren stets von glänzenden Erfolgen begleitet. Beim letzten Berliner Sechstages-Rennen

### Der Club, 5a. 389, die letzten 23 Vorstellungen in den Gewerkschaftshaus-Platzspielen mit dem großen Programm.

Sibirien das Leben der Sibirier. Jetzt im Club, das Leben Sibirien! Volkswirtschaften. Die Jugend und Kinder werden. Die 3. Vorstellung am 21. 11. 27. Uhr der Club ist beendet. Es wird fortgesetzt werden, bis 11. 11. 27. Uhr der Club ist beendet. Es wird fortgesetzt werden, bis 11. 11. 27. Uhr der Club ist beendet.

### Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Jede 4. Sonntag, morgens um 10 Uhr, gehen wir vom Dienstag aus und haben. Der Club, 5a. 389, die letzten 23 Vorstellungen in den Gewerkschaftshaus-Platzspielen mit dem großen Programm. Sibirien das Leben der Sibirier. Jetzt im Club, das Leben Sibirien! Volkswirtschaften. Die Jugend und Kinder werden. Die 3. Vorstellung am 21. 11. 27. Uhr der Club ist beendet. Es wird fortgesetzt werden, bis 11. 11. 27. Uhr der Club ist beendet.

Freigewerkschaftliches Jugendpartei. F.S.J.-Sondergruppe. Wir proben Sonntag, 16 Uhr. Alles muß vorbereitet sein. F.S.J. Das 3. im 11. Sonntag von 18 Uhr an geöffnet. 20 Uhr Vertikale, Heinrich Reich, zwei Arbeitstheater.

Kleinrentnerverein Republik. Sonntag, den 20. November, vormittags 8 Uhr ab, Besichtigung und Nebungsschießen im „Schleierberg“.

Antilcher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau. (Nachdruck aus der Wochenzeitung verboten.) Die Störung 57 hat den Subzentern vertrieben, meist leichte Schneesnebede gekommen. Die Störungen der 59. Familie dürften später eine Mitternacht unter Begleit Einsturz erlangen. Zunächst verbleiben wir im Bereich der Kälte und haben bei nächstlicher Ausstrahlung auch im Flachland mit kräftiger Frost zu rechnen.

Wasserkraft für das hiesige Mittelgebirge. Bei schwacher Luftbewegung neblig-wolfig, zeitweise Schneefall, mäßiger Frost. Wasserkraft für das hiesige Hochgebirge. Bei schwacher Luftbewegung neblig-wolfig, zeitweise Schneefall, mäßiger Frost.

spielte das wohl jüngste Paar im Felde bis zum letzten Tage eine dominierende Rolle, mußte sich nur in der Spurtunde der größeren Erfahrung eines Dewolf beugen. Hürden-Rausch haben durch ihre Starts während der Sommermonate im Auslande sehr viel gelernt. Auch sie sind mit den Siegern in einer Runde endeten, und die Breslauer Radsportanhänger haben beim Eröffnungsrennen gefeiert, zu welcher großen Leistung die beiden Kölner Examateure fähig sind. Mit Kroll-Miethe kommen die Zweiten des letzten Breslauer Sechstages-Rennens an den Start. Die beiden Stagenfahrer sind noch immer die zähesten und ausdauerndsten Jagdenfahrer, die Deutschland besitzt. Kroll-Miethe waren die Favoriten des 19. Berliner Sechstages-Rennens und würden auch die in sie gesetzten Erwartungen sicher erfüllt haben, wenn nicht, wie bei Kroschel-Kroschel und Hürden-Rausch die in letzter Stunde so erheblich gesteigerten Punktzahlen den Ausschlag gegeben hätten.

Rieger-Lich haben sich in letzter Zeit als eine Mannschaft entpuppt, die den drei vorgenannten nicht viel nachsteht. Rieger hat sich im Sommer sehr geschont und ist zur Zeit wieder hervorragend in Form, und der Zweite des Berliner Sechstages-Rennens Lich hat mit dem Breslauer in Leipzig ein ganz großes Rennen geliefert.

Mit der Reitermannschaft Fride-Lorenz sind die Sieger des letzten Rennens der Breslauer Winterbahn wiederum verpflichtet worden. Beide haben sich bei unserem 50-Kilometer-Rennen überlegen gut geschlagen, und besonders Fride hat sich als ein ganz erstklassiger Mannschaftsfahrer gezeigt. Knappe und Jung, die beiden Breslauer Teilnehmer am 19. Berliner Sechstages-Rennen sind diesmal wieder mit von der Partie.

Frach-Stupinski, die Zweiten unserer diesjährigen Eröffnungsrennens, sind besonders eifrig bei der Trainingsarbeit und es nicht ausgeschlossen, daß beide in absehbarer Zeit zu den besten deutschen Mannschaftsfahrern zählen wird.

### Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ e.V. Proletarische Abendfeier

Musik: Misserschöre (Volkschor) Rezitationen: Sprechchor. Sonntag, den 20. November (Totensonntag) abends 19 Uhr im gr. Saale des Gewerkschaftshauses 5965. Eintritt 50 Pf. — Karten im Restaurant und an der Abendkasse.

### Theater und Musik. Konzert der Singakademie.

Die Breslauer Singakademie füllte das Programm ihres heutigen Konzerts mit zwei interessanten Chorwerken, einem modernen und einem schon klassisch zu nennen, aus, die stilistisch insofern einander entsprechen, als sie, streng genommen, nicht in den Konzertsaal, sondern in die Kirche gehören. Hierfür ist die letzte Vorlage verantwortlich. Aber beide Werke haben rein musikalisch Anspruch auf allgemeiner Beachtung. Auch der nicht religiös Eingestimmte wird sich — eine gute Webergabe vorausgesetzt — von den Schönheiten hinreißen lassen. Unter den zeitgenössischen Kompositionen gibt es nur sehr wenige, die einen so einfachen Weg gehen wie Heinrich Kaminski. Lediglich steht er in der vorersteren Reihe der Modernen, denn er hat sich die letzten Errungenschaften der Instrumentationstunft zur Verfügung gemacht. Ohne rüchständig zu sein, lehnt er sich aber an gute Vorbilder an, die in der vorersteren Kirchenmusik zu finden sind. Das „Magnificat“ allein gäbe Aufschluß über Kaminski's bedeutsames Können. Eine nicht nachlassende Einfallskraft wartet mit reichem Themenmaterial auf, und im komplizierten harmonischen Aufbau waltet eine bewundernswürdige, zur Verständlichkeit viel beizugende Ordnung. Das Stück paßt aber, wenn es schon an neutralen Ort aufgeführt werden soll, nicht in den großen Konzertsaal. Hier muß der allein durch die äußere Aufmachung des Stüdes bedingte intime Eindruck verloren gehen. Die Vorführung der Maria liegt einem kleinen unsichtbaren Fernhor ob, während das Orchester keine eigenartige Farbe durch das Hervortreten einer Solobrasche erhält. Prof. Dr. G. Dörner konnte demnach keinen völlig befriedigenden dynamischen Ausgleich erreichen; der Orchesterklang wirkte, wie mit Rücksicht auf die räumlichen Verhältnisse zu erwarten war, gegen den Chor zu mäßig. Von der musikalischen Befriedigung des recht schwierigen Satzes läßt sich nur das Beste aussagen. Das polyphon reichhaltigere Figurenwerk gelang dem Chor in außerordentlich wertvoller Weise. Für das Sopran solo konnte keine bessere Vertreterin als Wladimir Merz-Lauer aus Wladimir gefunden werden.

Sehr wirkungsvoll, im einzelnen sorgfältig durchacht, gelegentlich passend, wurde im zweiten Programmteil das Orchester dem Chor wiederum wiedergegeben. Dörner nahm an insbesondere der Pflege des jüngeren Chorparts und der Stimmführung an. Recht frohen im Ausdruck, sehr ausdrucksvoll nicht einwandfrei sang leider Prof. Dr. G. Dörner (Berlin) das Bariton solo, die Sopranpartie war dagegen Fr. Frau Max-Kammer wieder aufzufassen. Im ganzen hinretlich das Konzert einen tiefen Eindruck. 23. 5. 27.

### Im „Jugendchor Breslau“

Wissen sich noch viel mehr Jungen und Mädchen zur Aufnahme... wenn es auch bereits mehr als hundert sind, ist es immer noch kein Massenchor. Es gibt noch viele gefangene Kinder und Jugendliche, die vielleicht noch nichts von lebendem Jugendchor gehört haben, darum sagt es weiter, nicht zu spät, damit unser Jugendchor groß und stark wird. Am Sonntag von 10-12 Uhr findet die Übungsstunde in der Aula des Heiligen-Geist-Gymnasiums statt. Jugendliche in der Lebensjahre an werden aufgenommen. Der „Vollchor Breslau“ richtet an alle Eltern die Bitte, die Kinder in den Jugendchor zu schicken.

### Der Schulungsturnus

findet heute Abend bestimmt 7 1/2 Uhr in der Cecilia-Schule statt. Referent Genosse Dr. A. r. d.

### Arbeiter-Bildungs-Ausschuss

Heute, Freitag, abends 8 Uhr, in der Viktoria-Schule: Zweiter Vortrag des Kurjus Dr. Samuel: „Probleme der modernen Pädagogik“.

### Proletarische Abendfeier.

Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ veranstaltet eine solche am Totensonntag (20. November) im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die Veranstaltung wird von Musikdarbietungen, Rezitationen, Männerchören und einem Sprechchor umrahmt sein. Der Verein, der im nächsten Frühjahr ein Heim bei Weiskowitz bauen will, das besonders wieder unser Jugend und den Ferienkindern zu gute kommt, bittet deshalb um regen Zuspruch, da ein eventueller Leberstich dem Hüttenbau zugute kommt. Mit dem Abend ist eine Ausstellung verbunden, die außer der Photographie, eine geologische Abteilung und eine solche von Wintersportgeräten und Wanderausrüstungen bringt. Die Ausstellung dürfte manchen von unseren Arbeitsbrüdern die Wichtigkeit der Bewegung vor Augen führen. Vor allem wird die Photoausstellung Bilder von unserer engeren Heimat bringen. Da die Ausstellung von vormittags 9 Uhr bis abends 23 Uhr geöffnet ist und für jedermann frei ist, verläumt niemand die Ausstellung.

### Der Rote Frontkämpferbund gesetzlich geschützt!

Im Roten Frontkämpferbund tracht es an allen Ecken und Enden, so auch in Breslau. Ein Abteilungsleiter wollte nicht bedingungslos Ordre parieren, er sog, keine Abteilung selbstständig. Darauf erhielt sie das folgende Ultimatum der Leitung des Roten Frontkämpferbundes:

„Rückgabe der Wapzeichen und Armbinde des Bundes, welche gesetzlich geschützt sind. Die von den tschechischen Kameraden übergebene Fahne. Für die Ablieferung des Materials sehen wir eine Frist von einer Woche und teilen wir mit, daß, falls die Rückgabe unterbleibt, wir jeden Schritt unternehmen werden, um in den Besitz des urs gehörigen Materials zu kommen. Wir teilen Dir mit, daß der R.F.K.B. eingetragener Verein ist und Ihr nicht berechtigt seid, diese Bezeichnung zu führen.“

Die Rote Garde der kommunistischen Revolution und gesetzlich geschützt! Mit dem Wapzeichen der „Kapitalistischen Republik“ abgestempelt und die Gerichte der „Bourgeoisrepublik“ anrufend gegen unläuteren Wettbewerb nicht abgestempelter Revolutionsgarden! Ein glänzender Witz: Roter Frontkämpferbund D.R.G.M!

### Ein großer Dachstuhlbrand

brach heute morgen, kurz nach 16 Uhr, in dem Hause Alt-Blücherstraße 18 aus. Die kurz darauf alarmierte Feuerwehr fand schon einen ausgedehnten Brandherd vor und hatte über zwei Stunden gegen das im bürren Holz des Dachstuhles prasselnde Feuer mit vier Schlauchleitungen anzukämpfen. Insbesondere machten die engen Treppenaufgänge und die starke Rauchentwicklung die Arbeiten sehr schwierig. Gegen 8 Uhr morgens war das Feuer abgelöscht, und nur die noch umfangreichen Aufräumungsarbeiten nahmen die Feuerwehr noch einige Zeit in Anspruch. Als Ursache des Feuers wird Schornsteinbrand angegeben. Die Bewohner dieses Hauses — es ist eines jener alten Häuser mit Barockgiebel, die innen recht baufällig sind — sind keine Leute, die durch diesen Brand arg geschädigt sind. Wenn auch keine Stüberbrände vorlägen, so sind doch durch Lösch- und Aufräumungsarbeiten die Wohnungen arg zugerichtet. Die Bodenkammern mit zum Teil für diese Leute recht wertvollen Sachen sind sämtlich niedergebrennt. Der Schaden trifft diese Leute um so härter, da nur einige einer Versicherung angehören.

### Von der Feuerwehr wird hierzu folgendes berichtet:

Heute früh 5,42 Uhr wurde die Feuerwehr nach Altblücherstraße 18 alarmiert. Hier war in dem zweigeschossigen Bodenraum Feuer ausgebrochen. Bei Anbruch der Feuerwehr schlugen die Flammen bereits zum Dach heraus. Das Feuer wurde sofort mit zwei Schlauchleitungen, wovon eine über das Treppenhäuser und eine über die mechanische Leiter von der Straße aus vorgenommen wurde, angegriffen. Nach etwa einer halben Stunde konnte die Depeche „Feuer aus“ gegeben werden. Vom Feuer vernichtet sind fast sämtliche Bodenkammern, auch ist ein Teil der Decke vom dritten zum zweiten Obergeschoß zerstört. Das Feuer war im dritten Obergeschoß entstanden und hatte sich im Holzwerk nach dem Boden durchgefrassen. Die Aufräumungsarbeiten dauern zurzeit noch an (9 Uhr vormittags). Sie gestalten sich infolgedessen schwierig, als der Fußboden des Dachgeschosses aufgenommen und freigelegt werden muß, um die darin noch schmelzenden Brandnester abzulösen. Die Entstehungsurache ist auf fehlerhafte bauliche Anlage zurückzuführen. Die Leitung auf der Brandstelle hatte Baurat Stube, in Vertretung des Branddirektors, und Ober-Standingenieur Hoffmann.

\* Glücklicherweise. Gestern abend 6 Uhr ist von einem Personauto der Plakmeister Rothfegel von hier am Schwelbnitzer Stadtgraben angefahren worden. Rothfegel war im Begriff, auf seinem Fahrrad nach Hause zu fahren. Er geriet, da er dem schnell dahin fahrenden Auto nicht mehr ausweichen konnte, mit seinem Rade buchstäblich unter die Räder desselben, wobei das Fahrrad total zerstört wurde. R. wurde das Hofenbein zerquetscht, kam jedoch ohne jeglichen Körperschaden davon.

Die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit weist noch einmal hin auf ihr zweites Preisausreiben für junge Menschen über das Thema: „Was kann in der heutigen Schule zur Förderung der Völkerverzöhnung gesehen?“ (Vol. „Vollmacht“ vom

12. d. Mts.) 1. Preis: 50 Mark, 2. Preis: 20 Mark, 3., 4., und 5. Preis: je 10 Mark. Schlußtermin für die Abgabe: 20. Dezember 1927. Bei der Wichtigkeit der Frage wird auf harte Beweislage von jungen Menschen gerade auch aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung getrachtet.

\* Kunstgewerbeverein. Der Kunstgewerbeverein hält seine diesjährige Hauptversammlung Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr, im Vortragssaal des Kunstgewerbemuseums ab.

\* Schlägerei. An der Tauenhien, Ecke Königgräberstraße, kam es am Donnerstag nachmittag um 15 Uhr zwischen acht Personen zu einer Schlägerei, zu deren Schlichtung der Rasterwagen der Schutzpolizei herbeigerufen werden mußte. Es gelang der Polizei, die Streitkämpfer auseinander zu bringen und ihre Personalien festzustellen, so daß sie nimmere eine Anzeige wegen groben Unfugs zu gewärtigen haben.

\* Straßenunfall. Vor dem Grundstück Albrechtstraße 44 wurde am Donnerstag nachmittag der Student Helm. S. I. p. u. l. i. von einem Straßenbahnwagen der Linie 11 umgefahren. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert.

\* Straßenunfall. Heute morgen gegen 1 Uhr stürzte auf der Vestingbrücke der Schneidermeister Paul Schwob, Adalbertstraße, als er den Fahrdamm überqueren wollte und erlitt bei dem Fall einen doppelten Knöchelbruch. Er mußte in das St. Josefskrankenhaus gebracht werden.

\* Ein 1 1/2-jähriges Kind verbrüht. Am Dienstag verstarb ein 1 1/2-jähriges Knabe eines Justizassistenten, Schmiednickelstraße, an den Folgen einer Verbrühung, die das Kind dadurch erlitten hatte, daß der Mutter ein Topf mit kochendem Wasser versehentlich aus der Hand gefallen war, dessen Inhalt das Kind überschüttet hatte.

\* 13 Schrebergartenlauben sind in der Nacht zum Donnerstag auf dem Gelände der Zantholwiese erbrochen worden, bei denen zum Teil die Türen erbrochen, zum Teil die Fenster eingeschlagen wurden. Da das ganze Gelände mit einem hohen Zaun umfriedet ist, müssen die Einbrecher des Eingangstor mit einem Sperrhaken geöffnet haben. Da alle erbrochenen Lauben durchwühlt sind, konnte noch nicht festgestellt werden, was gestohlen worden ist.

\* Leuchtgasvergiftung. Freiwillig beendete am Donnerstag die 47-jährige Frau W. A. ihr Leben, indem sie sich in ihrer Wohnung, Scheitniger Straße 8, mit Leuchtgas vergiftete.

\* Ein Zusammenstoß ereignete sich am Donnerstag gegen 14 Uhr an der Kreuzung Höhenzollern- und Diphtrische zwischen einem Dieselmotorwagen der Firma Hagen und einem Motorradfahrer. Der letztere stürzte und erlitt neben Verletzungen an der linken Schulter einen Unterschenkelbruch und wurde in das Wenzels-Hande-Krankenhaus geschafft.

## Frauen!

## Mädchen!

Montag, den 21. November, abends 8 Uhr, pünktlich, finden in den Sonnabend zu veröffentlichen Lokalen

# Frauen-Abende

statt. Sorgt für guten Besuch!

## Landkreis Breslau/Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Begeleitete Breslau (Land)-Neumarkt.

Veranstaltungen in der Woche vom 18. bis 27. November.

Freitag, den 18. November. Ortsverein Breslau. 19 1/2 Uhr, bei Oregor, Kameradschaftsabend für Frauen. Ortsverein Oswitz. 19 1/2 Uhr, zur Volkshalle in Oswitz, Monatsversammlung.

Sonnabend, den 19. November. Ortsverein Cawallen. 19 1/2 Uhr, bei Wähler, Generalversammlung. Es ist Pflicht jedes einzelnen Kameraden zu erscheinen. Ortsverein Cawallen-Schöten. 19 1/2 Uhr, Monatsversammlung. Lokal nach Vereinbarung in der letzten Monatsversammlung. Ortsverein Herzprag. 20 Uhr, bei Masos, Monatsversammlung. Ortsverein Klein-Sandau und Umgegend. 20 Uhr im „Geiststreffchen“, Karlsruhischen Monatsversammlung. Den Kameraden von Klein-Moschorn und Schmiedefeld wird es besonders zur Pflicht gemacht, zu erscheinen.

Sonnabend, den 20. November. Ortsverein Groß-Moschorn. 19 1/2 Uhr, bei Schreier, Pflichtversammlung. Infolge der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen. Ortsverein Wöhlhagen. 19 Uhr bei Scholz, Monatsversammlung. Ortsverein Cawallen. 19 Uhr, bei Weimer in Friedewalde, Sitzungsaal. Den Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an diesem Jahrestag zu erscheinen. Alle Republikaner von Cawallen und Umgegend sind dazu eingeladen. Ortsverein Hainfeld. 20 Uhr, bei Meser, im Lokal „Gelder Löwe“. Alle Kameraden, Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den von ihnen Ortsvereinen festgesetzten Monatsversammlungen pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Bezirks- und Kreisleiter.

## SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Veranstaltungskalender.

Herrmannsdorf. Am Sonnabend, den 19. November, findet im Lokal Gasde in Herrmannsdorf eine öffentliche Versammlung statt. Referent: Genosse Rektor Gabriel. Guter Besuch wird erwartet.

Wettlen. SPD. Heute, Freitag, wichtige Mitgliederversammlung im Lokal Krichalla. Gäste mitbringen. Niemand fehlt.

Wöhlhagen. Eine öffentliche Versammlung findet Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, im Lokal Schmalle statt. Einwohner aus den umliegenden Orten sind hiermit ebenfalls eingeladen. Referent: Genosse Schiffer.

Klein-Bresla. Sonnabend, den 19. September: Versammlung 19 1/2 Uhr. Referent: Genosse Fritsch. Die Genossen der umliegenden Orte sind eingeladen.

Stabschef. Errichtung einer „Vorwärts“-Kaufsstelle. In einem am Montag bei Verlich auf Anregung von Genossenschaftsleuten aus Stabelwitz stattgefundenen Beratung referierte Genosse Landtagsabgeordneter W. L. u. z. e. r. vom Vorstand des Konsumvereins Vorwärts über Errichtung einer Kaufsstelle. Nach längerer Diskussion, in der eingehend erörtert wurde, beschloß man den Versuch zu machen, in der Stablung Neu-Stabelwitz eine Verkaufsstelle zu eröffnen.

Kochkühnen. Ein deutschnationaler „Arbeiter“-Verein. Man schreibt uns: Die deutschnationale „Arbeiter“-Partei hatte für Freitag, den 11. November, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Vor der Entscheidung“ einberufen. Als Referenten hatten sie sich den Reichstagsabgeordneten Hüller, der zugleich Sekretär der deutschnationalen Gewerkschaften ist, verpflichtet. Hüller sollte die Plamagie seines Kollegen Schmirch vom vorigen Jahre in Wöhlhagen wieder gut machen. Da aber diesen „Arbeiter“-Verein im großen ganzen der Geist hierzu fehlt und sie andererseits auch nicht den Mut aufbringen, ihre verlogene, die Wählermassen schädigende und ihre „Kampfe“-halb- und „halb-Politik“ zugzugeben, konnte auch von dieser Versammlung nichts anderes erwartet werden, als daß sich Hüller mit seiner „Arbeiter“-partei wiederum auf das Schlimmste blamierte. Er redete von der Rheinlandbesetzung, die eine Schmach für Deutschland darstelle, ohne ein Wort davon zu erwähnen, wer schuld an dieser Besetzung ist. Er redete von einem wehrlosen Deutschland und der einkl so starken Wehrmacht, die der 9. November vernichtet hat, ohne ein Wort darüber zu verlieren, daß keine Partei an der Katastrophepolitik von 1914 ein reichlich Maß Schuld trägt. Er redete von einem unzuverlässigen Heer 1918 und vergaß hierbei, das Heimal- und Stappeneben eines Teiles der Offiziere zu erwähnen. Er redete vom „Vollstoch“ und verschwieg die Ohnmacht der Obersten Heeresleitung im Oktober 1918. Er redete von dem großen Monarchen, der seine ganze Kraft dem deutschen Volke gegeben hat, nunmehr ohnmächtig in Dornen leben müsse und sagte kein Wort darüber, daß er für Verlängerung der Verbannung des Kaisers gestimmt hat. Beinahe wäre es Hüller möglich gewesen, seine Grammophonplatte ohne Schwierigkeiten ablaufen zu lassen. Aber „mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unheil breitet schnell!“ — In einstündiger Diskussionsrede rief Genosse S. e. i. n. e. r. Breslau dem Hilarischer die klaren Ausführungen und die bestimmten präzisen Fragen, die Steiner dem Verdrückungsminister Hüller stellte, diesen in schäbliche Verlegenheit brachten. Der starke Beifall für den SPD.-Redner bewies, daß die „Kampfe“-halb- und „halb-Partei“ trotz des schweren Geschickes, welches sie aufgeföhren hatte, in Kochkühnen und Umgegend keinen Boden gewinnen kann. — Der große Equipagen- und Anulapatz vor dem Versammlungsort zeigte den kleinen Landwirten und den Landarbeitern recht überzeugend, daß es die „Arbeiter“ sehr gut verstanden haben, sich selbst zu retten. Erwähnt sei auch noch, daß die Junker wieder, wie üblich an Versammlungstagen, sehr freigebig waren. Alle mit den Wagen herangefahrenen Landarbeiter erhielten 50 Pfennige bis 1 Mark Zehrgeld (!).

Herrmannsdorf. Kirche und Halenkreuz. Die Halenkreuzler sind im allgemeinen recht zweifelhafte Christen. Ihr Haß gegen alles Jüdische macht auch vor Christus und seiner Lehre nicht halt, sondern setzt an seine Stelle den Wotanskult der alten Germanen, die da auf ihren Wäffensfeldern lagen und immer noch einen tranken. Unser Herr Pastor allerdings in der Stärke seiner oft betonten Nächstenliebe, weiß beides harmonisch zu verbinden; die Lehre Christi zu verlernen und den Wotansjüngern zu dienen, weshalb es auch vornehmen soll, daß Besucher seines Hauses in dessen Flur umfangreiche Bündel hübscher Halenkreuzfahnen zu Gesicht bekommen. Man vermutet, daß sie, wie das heute bei größeren Geschäftsunternehmen üblich ist, demnächst an alle Kirchbesucher verteilt werden. Öffentlich findet sich kein Unankbarer, der sie etwa zurückweist.

Neumarkt. Zur Vollziehung des Ortsausschusses am vergangenen Sonnabend stand eine äußerst wichtige Tagesordnung zur Beratung. Von Bericht von der am Sonntag, den 6. November, abgehaltenen Konsumvereins-Verammlung trug Kollege Wagner vor, der in kurzem Umriß die örtliche genossenschaftliche Bewegung einer Betrachtung unterzog. Ganz besonders behandelte er die Vorteile des mit dem 1. Januar 1928 ersolgenden Uebertrittes zum Konsum-Verein „Vorwärts“, Breslau. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Der Ortsauschuh begünstigt den Beschluß der Konsumvereins-Verammlung, sich mit dem 1. Januar 1928 dem Konsumverein „Vorwärts“, Breslau, anzuschließen. Der Ortsauschuh erwartet von allen Funktionären nun mit verstärkter Kraft zur Ausbreitung der örtlichen Konsumbewegung beizutragen.“ — Hierauf referierte Genossenschaftssekretär Kollege R. e. m. a. n. n. Breslau. Seine interessanten Ausführungen fanden alleseitigen Beifall. — Arbeitsnachweisleiter Sonnenberg behandelte in 1 1/2stündigem Vortrag das Arbeitslosenversicherungsgezet und erläuterte eingehend die gesetzlichen Bestimmungen; an den Vortrag schloß sich eine Aussprache, in der an Hand von Beispielen gestellte Fragen beantwortet fanden. — Danach wurde mitgeteilt, daß eine K. a. n. k. e. n. m. a. h. i. nicht erfolgt, da nur die Liste des Ortsauschusses eingegangen sei. Wohl habe von „Christlichen Arbeitsbrüdern“ die Absicht bestanden, eine eigene Liste einzureichen, jedoch es nicht auf die erforderliche Zahl der Unterschriften gebracht. — Am den T. a. b. a. f. a. r. b. e. i. t. e. r. n. zu helfen, wurde empfohlen, das unerschämte Vorgehen der Tabakfabrikanten in aller Öffentlichkeit zu brandmarken. — Hingewiesen wurde auf das am 27. November im Hotel zum „Hohen Hause“ stattfindende „Internationale Konzert“, ferner auf die Arbeiter-Wohlfahrtslotterie und den Volkskalender. Kleinere Angelegenheiten bildeten den Schluß der sehr gut besuchten Sitzung.

Neumarkt. Die Revolutionsfeier der SPD. Den tschechischen Verhältnissen angepaßt, hatte der Vorstand am vergangenen Sonntag Einladung zu einer Revolutionsfeier ausgesprochen lassen. Der Vorstehende wies in kurzen Worten auf die Bedeutung der Feier hin, gab auch dem guten Besuche seiner Freunde Ausdruck und wünschte, da wir vor großen Wahlschlachten stehen, daß das Interesse der Mitarbeit immer solche Beständigkeit behalten möge. Nach Abfragen eines Volksliedes referierte Genosse K. e. v. e. n. t. l. o. w. Breslau in einstündigem Vortrag über die „Bedeutung der deutschen Revolution.“ Seine Ausführungen fanden starken Anklang. Durch Erheben von den Plätzen wurde die Revolutionsopfer gebacht. — Anschließend fanden einige Ortsgruppenangelegenheiten Erledigung und u. a. auf Werkwoche, Arbeiter-Wohlfahrtslotterie, Volkskalender hingewiesen. Nach geraumer Zeit blieben die Teilnehmer in unserer Harmonie zusammen. Was als diese Harmonie verstärken und alle Versammlungen immer solche proletarische Geselligkeit vorfinden.

**Dorndorf** Braun Boxcalf M. 21,50  
Schwarz Boxcalf M. 19,50

der preiswerte Qualitätsschuh

Schweidnitzer Straße 29, Schweidnitzer Straße 21/22, Schmiedebücke 46/47, Ostauer Straße 15, Blücherplatz 5, Adalbertstraße 7.





40 Prozent Beitragserhöhung ohne Rentenerhöhung!

Was der Hauptausschuß in der Angestelltenversicherung durchführen will.

Die letzten Schritte sind gefallen. Es kann nicht mehr ge-  
langt werden, wohn bei unter Führung des Deutschnationalen  
Handlungsgehilfen-Bundes stehende Hauptausschuß die An-  
gestelltenversicherung bringen will. Im Besitz des Vsa-Bundes he-  
ftet sich ein Dokument, dessen Echtheit unbestreitbar ist. Es ist  
der Bericht über die Sitzung der Siebener-Kommission des Haupt-  
ausschusses vom 20. September d. J. Der Bericht ist unterzeichnet  
von Beschl., Vorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-  
verbandes. Nach diesem Bericht waren anwesend:

Reiß, Thal, Nedes, Köstiger, Bösch (G.d.A.), Dr. F. Glag,  
Schudert, Schulze (H.M.A.), Brost, Münnich, Dr. Wischer, Beschl.  
(G.H.V.), Wallbaum (Reichsverband deutscher Guts- und Forst-  
besitzer), Fischgrafe (Verband junger Kaufleute, G.H.V.).

Was erstreckt der Hauptausschuß? Wir zitieren wörtlich:  
„Wir finden uns mit dem gegenwärtigen System der  
Mittelaufbringung (Umlageverfahren für den Grundbetrag,  
Kapitaldeckungsverfahren für die Steigerungsbeträge) als Ma-  
ßnahme ab. Unser Ziel ist, wieder zum An-  
wartschaftsdeckungsverfahren zurückzukehren,  
das wir als die beste Form der Mittel-  
aufbringung anerkennen.“

Was bedeutet die Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsver-  
fahren? Gewaltige Steigerung der Beiträge ohne  
Rentenerhöhung. Warum? Weil der Hauptausschuß sich  
einbildet, daß nur dieses privatkapitalistische Versicherungsprinzip  
Leistungsfähigkeit bedeutet. Ist das wahr? Eine einfache Ueber-  
legung führt diese Behauptung ad absurdum. Wenn der Staat die  
Pensionsansprüche seiner Beamten nach dem Anwartschafts-  
deckungsverfahren zu sichern hätte, dann müßten Reserven an-  
gesammelt werden, die das gesamte Volkseinkommen übersteigen  
würden. Das wäre ein mit Händen zu greifender Unsinn. Deshalb  
ist es noch keinem Menschen eingefallen, vom Staat zu verlangen,  
die Pensionsansprüche seiner Beamten mit Hilfe des Anwart-  
schaftsdeckungsverfahrens zu sichern. Die Erfüllung der Pensions-  
ansprüche ist auch ohne das Anwartschaftsdeckungsverfahren ge-  
währleistet.

Eine Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsverfahren in der  
Angestelltenversicherung bedeutet jedoch nicht nur gewaltige Steige-  
rung der Beiträge ohne Rentenerhöhung, sie verhindert  
auch auf alle Zeiten den sozialen Ausbau der  
Angestelltenversicherung. Gleich nach Bekanntwerden  
dieses Dokumentes über die Sitzung der Siebener-Kommission des  
Hauptausschusses wurde ein bekannter Versicherungsmathematiker  
um Erstattung eines versicherungsmathematischen Gutachtens  
dortüber gebeten, was eine Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungs-  
verfahren bedeuten würde. Das Gutachten liegt jetzt vor. Nach  
den äußerst vorsichtig angestellten versiche-  
rungsmathematischen Berechnungen müßten  
die gegenwärtigen Beiträge mindestens um  
40 Prozent erhöht werden, um die Voraus-  
setzungen des Anwartschaftsdeckungsverfahrens  
zu erfüllen. Die bescheidenste Verbesserung der gegenwärtigen  
Leistungen würde bei einer Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungs-  
verfahren eine noch größere Beitragserhöhung zur Folge haben.  
Jetzt wird auch verständlich, warum die Verbände des Haupt-  
ausschusses in allen ihren Kundgebungen die Forderungen der  
freien Angestelltenverbände zum Ausbau der Angestellten-  
versicherung als übertriebene Leistungsforderungen hinstellen,  
obwohl sich diese Forderungen in äußerst bescheidenen Grenzen  
halten und trotz Leistungserhöhung die Ansammlung eines  
respektablen Vermögens ermöglichen. Der Hauptausschuß  
opfert die sozialen Interessen der Angestellten  
einem privatkapitalistischen Versicherungsprinzip.  
Die Angestellten sollen dauernd hohe Beiträge bezahlen, aber nur  
niedrige Leistungen erhalten, damit die Angestelltenversicherung  
ein Milliardenvermögen anammeln kann, das den Unternehmern  
dann wieder als billige Kredite zuließt. Wer das ver-  
hindern will, wähle freigezwungene Beiträge, damit die Bahn frei wird für  
den sozialen Ausbau der Angestelltenver-  
sicherung.

Zur Generalausperrung in der Zigarrenindustrie.

Unstimmigkeiten im Lager des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller, Bezirksgruppe Schlefien.

Wie es mit der Einhaltung der Beschlüsse der Bezirksgruppe  
des R.D.Z., Bezirksgruppe Schlefien bestellt ist, möge zur Auf-  
klärung — besonders der kleineren Betriebe — folgende, die Mit-  
gliedsfirmen des R.D.Z. betreffende Notiz dienen. Die Bezirks-  
gruppe Schlefien hatte bekanntlich als Antwort auf die nach ihrer  
Meinung „wilden Streiks“ in Breslau beschlossenen, ihre Arbeiter  
am 22. Oktober zum 5. November zum Zwecke der Ausperrung zu  
kündigen. Nebenher besteht noch ein Beschluß der Zentralleitung  
des R.D.Z. vom 26. Oktober, alle in den Betrieben der Mitglieds-  
firmen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, einerlei ob orga-  
nisiert oder nicht, auch alle Arbeitswilligen auszusperrten, und zwar  
unter Androhung einer hohen Konventionalstrafe, wenn dieser  
Beschluß nicht voll inne gehalten wird. Der Vorsitzende der Bez-  
zirksgruppe Schlefien, Herr Arthur Dieter, Breslau, Gartenstraße,  
der anfänglich einer Verhandlung erklärte, die tariflichen Be-  
stimmungen nicht zu kennen und deshalb auch keine tariflichen  
Forderungen stellen zu können, die Beschlüsse des R.D.Z. nicht zu  
kennen oder bereits wieder vergessen zu haben. Während in den  
Kleinbetrieben der Verband vollständig eingehalten ist, hat Herr  
Arthur Dieter seine Meister aus den Filialen alle nach dem Bres-  
lauer Betrieb kommandiert, die als Arbeitswillige in der  
Sortiererei und dem Verband beschäftigt sind. So arbeiten in Breslau  
die Meister Siebert, Hesse, aus Reiskerwitz Meister  
Scheder mit Tochter, aus Wansin Meister Wahrlisch, außer-  
dem beschäftigt Dieter auch einen Arbeitswilligen, den Risten-  
macher Hante, Breslau. Ebenso werden in den anderen Be-  
trieben die Meister als Sortierer usw. beschäftigt. Die Firma  
Hinterfeld, Glag, beschäftigt ebenfalls in Glag und Tschernberg  
Arbeitswillige und mehrere Meister. In Döppeln befinden sich  
sechs Firmen, die dem R.D.Z. angehören, und diese Firmen  
kündigten beschlußgemäß alle durch Aushang am 22. Oktober.  
Sowie in Breslau, Glag, Langenbielau, Goldberg usw. steht es  
mit dem Beschluß, daß alle Arbeiter auszusperrt sind, auch in  
Döppeln aus.

In Döppeln haben die Firmen Arupski & Zimmer-  
mann, Franz Kontny, Friz Salinger, Robert Con-  
tanius Kach, und die Breslauer Firma Georg Kraft  
ausgesperrt. Jedoch wurden auch in Döppeln von den circa  
1000 Arbeiterinnen nicht alle ausgesperrt, sondern in jedem der  
auszusperrnden Betriebe wurde ein Teil der Arbeiterinnen  
weiter beschäftigt. Insbesondere die billigsten Arbeitskräfte, die  
in großer Zahl beschäftigten Lehrlinge, werden besonders in der  
Sortiererei und Fertigmacherei weiter beschäftigt. Die Firma  
Georg Wagner, die ja auch dem R.D.Z. angehört und am  
22. Oktober ebenfalls gekündigt hatte, verstoß die Ausführung  
um acht Tage, also zum 3. November, und acht somit konform  
mit der großen Ratiborer Firma Reiners & Söhne, welche eben-  
falls, entgegen dem Beschluß der Bezirksgruppe Schlefien, erst  
am 12. November aussperrte. Schon daraus ist ersichtlich, daß  
es den Herren R.D.Z.-Fabrikanten bisher nicht einfiel, ihren  
betreffenden Kollegen durch strikte Solidarität beizustehen. Rein  
ihr persönlicher Vorteil geht ihnen eben über jede Solidarität.  
Man will mit dieser Ausperrung die kleinen Fabrikanten,  
welche keine Meister, Lehrlinge usw. beschäftigen, vollständig an  
die Wand drücken. Wenn sich diese Herren wirklich in einem auf-  
gewungenen Abwehrkampf gegen die „unheimlichen“ tarifwidrigen  
Forderungen der Arbeiter befinden, müßte man doch annehmen,  
daß diese Abwehrmaßnahmen von allen Mitgliedsfirmen restlos  
durchgeführt würden. Aus all den geschilderten Vorgängen ist  
ersichtlich, daß die Ausperrung nur deshalb vorgenommen wurde,  
um die Arbeiter in der Zigarrenindustrie für immer in ihren  
elenden Lohnverhältnissen zu halten. Die größeren Firmen  
denken ja gar nicht daran, die einstimmig gefassten Beschlüsse des  
R.D.Z. durchzuführen und so mancher R.D.Z.-Fabrikant in Schlefien  
sieht bereits ein, daß sich die Maßnahmen gegen ihn selbst richten.  
Daher auch die fortwährenden Versuche durch Behörden usw.,  
eine rasche Vermittlung und Einigung herbeizuführen. Ein  
Teil der Fabrikanten hat bereits die nach dem Aussperrungs-  
beschluß durch die Arbeiterorganisationen geforderten 15 Prozent  
Lohnerhöhungen bewilligt, ein anderer Teil würde ebenfalls  
sehr bewilligen, wenn sie nicht durch die hohe in Aussicht stehende  
Strafe davon abgehalten würden. Das Durcheinander in der  
Bezirksgruppe des R.D.Z. in Schlefien, wo erst in einzelnen Be-  
trieben zum Zwecke der Ausperrung gekündigt wurde, dann die  
Kündigung wieder zurückgenommen und schließlich wieder er-  
neuert wurde, ist überaus bezeichnend. Es muß viel Mühe ge-  
leistet haben, die widerstrebende Opposition gegen den Aus-  
sperrungswahnsinn zu beschwichtigen.

Die Zigarrenfirmen Oberbadens wollen den Aussperrungsbeschluß nicht befolgen.

In Oberbaden haben eine ganze Anzahl  
Zigarrenfirmen die Absicht, dem Aussperrungsbe-  
schluß des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller keine  
Folge zu leisten. Bis jetzt haben nur wenige Fabriken die

Kündigung ausgesprochen. Die Schweizerstumpenfabriken haben  
sämtlich nicht gekündigt.

Die Haltung der Zigarrenhersteller in Oberbaden zeigt mehr  
als deutlich, daß die Ausperrung schon jetzt glatt Wasser gemacht  
hätte, wenn nicht der Reichsverband mit höchstem Terror  
gegen die Zigarrenfabrikanten vorgehen würde.

Vertagte Verhandlungen im badischen Textilkonflikt.

Die Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in  
der badischen Textilindustrie brachten keine Einigung  
über das Ausmaß der zu gewährenden Lohn erhöhungen. In der  
Frage, wie die weiteren Lohn erhöhungen die bisherigen Tarif-  
überschreitungen der einzelnen Arbeitergruppen behandelt werden  
sollen, einigten sich die Parteien auf eine stufenweise Regelung der  
Lohn überschreitungen je nach ihrer Höhe. Die Verhandlungen wurden  
zunächst vertagt und werden voraussichtlich am 24. November fort-  
geführt.

Wie der Schrader-Verband Beamteninteressen wahr.

Die „Allgemeine Preussische Polizeibeamten-Zeitung“ vom  
4. November bringt einen Brief des Preussischen Innenministers  
G r e s s i n k i, der sich gegen die unsachliche Haltung des Schrader-  
Verbandes zur Frage der Befolgsordnung wendet und die  
erstaunliche Tatsache zum Ausdruck bringt, daß die Bevoll-  
mächtigten dieses Verbandes mit den Sachbearbeitern des Innen-  
ministers die gesamte Befolgsreform durchberaten und keine  
wesentlichen Einwendungen erhoben haben, in ihrem Organ aber  
gegen die Befolgsreform zu Felde ziehen. Der Brief hat fol-  
genden Wortlaut:

Der Preussische Minister des Innern. Berlin, den 1. November 1927.  
Unter den Linden 72/74.  
H B I 1496.

An den Herrn Vorsitzenden des Verbandes Preussischer  
Polizeibeamter G. B.  
Berlin W 35, Lützowstr. 73.

Sehr geehrter Herr Schrader!  
In der „Preussischen Polizeibeamtenzeitung“ sind in der  
letzten Zeit wiederholt sehr scharfe und zum Teil auch sehr un-  
sachliche Artikel über die neue Befolgsordnung erschienen.  
Besonders Ihr Aufsatz in der Nummer vom 29. Oktober d. J.  
scheint mir jedes Maß der Kritik vermissen zu lassen. Ich bin  
über diese Haltung gegenüber der sicherlich nicht in allen Punkten  
zufriedenstellenden Befolgsreform, die, wie Sie selbst wissen,  
eine unter schwierigen Verhältnissen zustande gekommene Kom-  
promißlösung darstellt, um so mehr erstaunt, als Sie wiederholt  
Gelegenheit hatten, mit meinen Sachbearbeitern die gesamte  
Befolgsreform durchzusprechen und bei dieser Gelegenheit keine  
wesentlichen Einwendungen erhoben haben. Wenn ich Ihre  
Haltung gegenüber meinen Sachbearbeitern mit der Scharfweise  
Ihrer Zeitschrift vergleiche, klappt für mich ein so erheblicher  
Widerspruch, daß ich sehr dankbar wäre, wenn Sie ihn zu klären  
bereit wären.

Auch bringen Sie in Ihrem letzten Artikel eine ganze Reihe  
zum Teil mit der Befolgsordnung in keinerlei Zusammenhang stehende  
Behauptungen über die Verwendung der Polizeitrafimagens, über  
Ferntelefonleitungen, über Ausbildung zum Nachkampf, über  
Uniformänderungen, Schnittreihen der Polizeiformen, Ein-  
führung von Parademärschen, Loslösung der Schutzpolizei aus  
dem Gesamtkörper der Polizei und Unterstellung unter einen  
„Generalismus“ im Ministerium des Innern usw., die entweder  
gänzlich falsch sind oder in denen falsche Schlussfolgerungen ge-  
zogen werden, was Ihnen aus Ihrer langjährigen Tätigkeit nicht  
unbekannt sein dürfte.

Bei der Bedeutung, die die Polizeibeamtenverbände besitzen,  
muß ich im Interesse der gesamten Beamenschaft nicht nur darauf  
hinwirken, daß eine Beunruhigung der Beamten durch irre-  
führende Mitteilungen unterbleibt, sondern auch Wert darauf  
legen, die Wünsche der Verbände in einer Form kennen zu lernen,  
die sachlich begründet ist und mit ihrer Vertretung möglich macht.  
Mit Rücksicht auf die Beunruhigung, die durch derartige  
Veröffentlichungen, wie sie die letzten Nummern Ihrer Zeitung  
gebracht haben, entsteht, habe ich mich genötigt gesehen, Abschrift  
dieses Schreibens allen Polizeibeamtenverbänden zugehen zu  
lassen.

Ich stelle anheim, von ihm auch dem Hauptvorstand Ihres  
Verbandes Kenntnis zu geben.

Während alle die Unterhändler des Schrader-Verbandes im  
Ministerium sich mit allem Einverständnis erklären, über die  
bedenken in radikaler Kritik und versuchen den Beamten einzu-  
reden, daß man stets bemüht gewesen ist, das Beste zu erzielen.  
Das ist allerdings eine Haltung, die manchem Beamten dieser  
Organisation die Augen öffnen dürfte.

Die Breslauer Fleischergehilfen für die 48-Stundenwoche!

Eine sehr stark besuchte allgemeine Fleischergehilfen-Ver-  
sammlung am 14. d. Mts. in den Hubertuskäfen, zu der auch der  
gesamte Vorstand des gelben Fleischer-Bundes erschienen war, befaßte sich zum ersten Punkt der Tages-  
ordnung mit den Wahlen zum Krankentassenauschuß. Die Mit-  
glieder des Zentralverbandes der Fleischer wurden verpflichtet,  
sowie die Mitglieder der Ortskrankentassen sind, am Mittwoch die  
Liste 1 und soweit sie Mitglieder der Innungskrankentassen sind,  
am Sonntag, den 20. d. M. die Liste 2 zu wählen.

Im Anschluß daran wurde zu den Verhandlungen Stellung  
genommen, die mit der Innung wegen Abschluß eines Tarif-  
vertrages stattfinden. Die Innung will unter allen Umständen  
an der 54-stündigen Arbeitswoche festhalten. Trozdem der Zentral-  
verband der Fleischer in dieser Frage der Innung entgegen-  
kommen will, daß die Arbeitszeit so wie im Berliner Laden-  
fleischerhandwerk geregelt werden soll, lehnt nun die Innung über-  
haupt jede Verhandlung ab mit der Begründung, daß der Zentral-  
verband der Fleischer keine Mitglieder hat. Die Versammlung  
wird der Innung hier eine andere Meinung beigebracht haben  
— ein Hochposten war anwesend und wird hoffentlich objektiv  
berichtet haben. Wiederholt kam in der Aussprache zum Ausdruck,  
daß wir gern bereit sind, in gutem Einvernehmen die Lohn- und  
Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, daß wir aber auch kampfs-  
bereit sind, wenn die Innung ihren einseitigen Standpunkt nicht  
aufgibt. Die Schuldigen, die Unruheverursacher, soll man aber  
dann in den Reihen der Innungsführer suchen. Nach Schluß der  
Aussprache wurde einstimmig, also auch mit den Stimmen des  
Bundesvorstandes, folgende Entschlüsse angenommen:

„Die allgemeine Fleischergehilfenversammlung am 14. No-  
vember 1927 in den Hubertuskäfen steht im Gegensatz zu der  
Meinung des Deutschen Fleischer-Meisterverbandes und der  
Breslauer Fleischerinnung, daß im Fleischerhandwerk die 48-stün-  
dige Arbeitswoche nicht durchführbar sei. Die Versammlung  
verlangt auch in Breslau die Durchführung der 48-stündigen  
Arbeitszeit.“

Wirtschaft.

Lohnerparnis bei Fleißarbeit.

In einem dem Ausschuss für Fleißarbeit erstatteten Bericht  
beim A.M.F. hat der Referent Schulz-Mehrin die Ersparnisse  
an Lohn bei fleißiger Fertigung mit 40 Prozent und noch  
mehr“ angegeben. In einer Arbeit, die der Verfasser in der  
Zeitschrift der deutschen Maschinenbauanstalten kürzlich veröffent-  
lichte, schildert er die Ersparnisse, die sich bei fleißiger Arbeit gegen-  
über der Reihen- (Serien-) Fertigung ergeben. Die Reihen-  
fertigung bringt bereits große Ersparnisse gegenüber der Einzel-  
fertigung. Nach Ermittlung des erwähnten Verbandes machten  
die Gehälter bei Einzelproduktion 110 Prozent der produktiven  
Löhne aus, bei Reihenfertigung nur 55 Prozent. Welche Er-  
sparnisse aber durch den Uebergang von Einzelproduktion zur  
Fleißarbeit sich ergeben können, dafür gibt uns Schulz-Mehrin  
ausführliche Beispiele. In einer mittleren Fabrik, wo jährlich  
150 Stück von zwei verschiedenen Erzeugnissen hergestellt werden,  
betragen die Lohnkosten pro Stück bei Reihenfertigung 800 Mark,  
bei wechselnder Fleißarbeit 210 Mark bei fleißiger Fleißarbeit  
190 Mark. Die Gesamtstückkosten betragen pro Stück bei  
(wiederholter) Einzelproduktion 1750,50 Mark, bei der üblichen  
Reihenfertigung, je nach der Stückzahl 1231,30 bis herab zu  
882,50 Mark (letzteres bei einer Reihe von lediglich Stück), dagegen  
bei wechselnder Fleißarbeit, 742,50 Mark, bei fleißiger Fleiß-  
fertigung 686,90 Mark, d. h. die Herstellungskosten bei doppelter  
Fleißarbeit sollen weniger als zwei Fünftel der Herstellungs-  
kosten bei Einzelproduktion ausmachen.

Die Kohlenförderung im Ruhrrevier.

Wie das Reichstatistische Amt mitteilt, hat in der letzten  
Oktoberwoche die arbeitsfähige Kohlenförderung  
sowohl im Ruhrrevier als auch in Oberschlesien zugenommen.  
Sie stellt sich im Ruhrrevier auf 382 400 Tonnen gegenüber  
369 200 Tonnen in der entsprechenden Woche des Monats  
September. Die Wagenstellung der Reichsbahn macht arbeits-  
täglich ungefähr 166 500 Wagen aus gegenüber 158 600 Wagen  
im Vormonat und 133 500 Wagen vor dem Kriege.

Auf dem Arbeitsmarkt macht sich in den A u b e n b e r u f e n  
sowie in einigen Bezirken auch bei der M e t a l l i n d u s t r i e eine  
leichte Verschlechterung bemerkbar. Im Maschinenbau  
bleiben dagegen die Facharbeiter gesucht. In der Gemischen  
Industrie, in Spinnstoff- und Bekleidungsindustrie ist die Lage  
unverändert günstig. Auch in der Zellstoff- und Papierindustrie  
besteht erhöhter Bedarf an Arbeitskräften. Im rheinisch-  
westfälischen Steinkohlenbergbau ist die Lage unverändert. Im  
übrigen Steinkohlen-, Braunkohlen- sowie Kalkbergbau herrschen  
günstige Beschäftigungsverhältnisse.

Östereis Getreideernte ist in diesem Jahre, wie schon nach

den vor einigen Wochen von uns veröffentlichten Schätzungen  
(vgl. „VWZ“ Nr. 27, S. 478) anzunehmen war, bedeutend besser  
ausgefallen als 1926, wo freilich eine ausgeprochene Mildernde zu  
verzeichnen war (vgl. „VWZ“ 5. Jahrg., Nr. 25, S. 431). Die  
neuesten amtlichen Daten lauten für Roggen, besser Anbaufläche  
sich von 449 000 auf 502 000 Hektar vergrößerte, auf 541 500 Tonnen  
(im Vorjahre 350 810), für Weizen, dessen Anbaufläche von  
122 000 auf 70 000 Hektar zurückging, auf 135 700 Tonnen  
(113 765). Trozdem dürfte ein nennenswerter Export von Brot-  
getreide kaum in Frage kommen.

Die russischen Getreideernte haben sich nach den neuesten  
amtlichen Daten seit Beginn der diesjährigen Kampagne bis  
zum 15. Oktober auf 3 448 018 Tonnen (gegen 3 352 540 Tonnen  
in der Vergleichszeit des Vorjahres) belaufen. Dabei sind die  
Zufuhren in der ersten Hälfte Oktober geringer gewesen als in  
der zweiten Septemberhälfte und betrugen nur 704 551 Tonnen,  
wovon unter anderem 143 208 Tonnen auf Roggen, 278 376 Tonnen  
auf Weizen und 150 718 Tonnen auf Dinkel entfielen. Den  
Hauptanteil hatte die Ukraine mit insgesamt 276 449 Tonnen,  
während der nördliche Kaukasus in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober  
115 765 Tonnen, das Wolgagebiet nur 72 930 Tonnen und  
Sibirien 22 789 Tonnen lieferten. Die Zufuhren hätten zweifel-  
los einen größeren Umfang erreichen können, wenn die staatlichen  
Auktionsorganisationen den Bauern mehr Getreide- und Manufaktur-  
waren in ausreichendem Maße beschafft haben würden. So  
aber wird das Korn noch vielfach zurückgehalten.

Erhöhte Kaliproduktion. Das deutsche Kaliumdi-  
kalt mit „Der Abfall des Deutschen Kaliumdi-kalts im Oktober  
1927 betrug 637 274 Doppelzentner Reinkalt gegen 631 670 Doppel-  
zentner Reinkalt im gleichen Monat des Vorjahres. Der Abfall  
in den ersten sechs Monaten (Mai bis Oktober) des laufenden  
Düngejahres beträgt 4 815 958 Doppelzentner Reinkalt gegen  
4 588 993 Doppelzentner Reinkalt in den ersten sechs Monaten des  
Düngejahres 1926/27. Der Abfall in den ersten zehn Monaten des  
laufenden Kalenderjahres beträgt 10 705 640 Doppelzentner Reinkalt  
gegen 9 356 682 Doppelzentner Reinkalt in den ersten zehn  
Monaten des Kalenderjahres 1926.“

Die Winterkorn-Anerkennung (Kali-Industrie-A.G. in Kassel)  
hat mit dem Bauernverband in Kassel im Hinblick auf  
das Kalium-Gilbke-Sonderabkommen begonnen. Man hofft,  
daß die geplanten Entwürfe bis Mitte 1928 produktionsfähig sind.  
Sie können für die Herstellung von Kaliumphosphat und Kalium-  
dünger in Frage.



**1**

**Die Welt der Reemtsma A.-G.**

Das Unternehmen begründete  
eine neue Cigarettenkultur  
in Deutschland und hierfür  
eine gewaltige  
Organisation  
im Dienste des  
Rauchers

**REEMTSMA  
CIGARETTEN**

**ERNTEN 23**

**15 Pf**



## Vor einem großen Skandal in Frankreich.

Wie die Pariser Blätter erklären, scheint im ungarischen Anleihefall ein Skandal eine neue sensationelle Wendung bevorzusehen. Allerdings soll die Volksgemeinde noch abgeln, die neuen Chancen mit aller Energie zu verfolgen, da sie sich vor den ungeheuren Weiterungen fürchte. Das „Welt Journal“ insbesondere erklärt, daß bei den letzten Zeugenerhebungen und den letzten Beschlagnahmen der Umfang des Skandals wiederum stark angewachsen sei. Eine Reihe sehr hochstehender Persönlichkeiten, welche kompromittiert zu sein, und zwar nicht allein in Frankreich. Das „Deuore“ äußert sich in insofern noch offener, als es verlangt, man solle endlich einmal die Frage der parlamentarischen Mithilfe bei der Fällungsaktion klären.

## Verschollene Astenflieger.

Von dem britischen Flieger Kapitän McIntosh und seinem Begleiter, die am Dienstag nachmittag mit einem Forder-Glinder in Irland zum Fluge nach Delhi (Indien) gestartet waren, fehlt einstellweilen jede Nachricht. Das Flugzeug ist anscheinend nirgends gesichtet worden.

## Ein englischer Indienflug.

Am Dienstag, 1.12 Uhr, sind die beiden britischen Flieger McIntosh und Hinkler zu einem Indienflug vom Flugfeld Uphaven aus gestartet. Sie hoffen den Weltrekord Chamberlains für einen Distanzflug ohne Zwischenlandung zu brechen.

## Reorganisation des deutschen Oceanfluges.

Die zwischen den beiden Piloten Starke und Loose bestehenden Unstimmigkeiten, die die Verzögerung des Weiterfluges der D 1230 nach Amerika verschuldet haben sollen, werden wahrscheinlich zu der Abberufung Starke's führen. Er soll durch den Juniorpiloten Richter, der zusammen mit Edward den Dauerweltrekord aufgestellt hat, ersetzt werden. Die endgültige Entscheidung über diese Umbelegung soll in den nächsten Tagen fallen.

## Neues Berliner Warenhaus.

Mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark ist eine neue Warenhaus-Gesellschaft gegründet worden, die in Berlin ein neues Warenhaus schaffen will. Dieses soll entweder am Kurfürstendamm oder am Potsdamer Platz zwischen Bellevue und Friedrich-Ebert-Strasse entstehen. Beteiligt sind neben einem internationalen Bankenkonzern unter der Führung des Bankhauses Schilling, Erler & Co. mehrere deutsche Warenhausbesitzer und das Pariser Kaufhaus „Garcies Lafayette“, mit dem eine gemeinsame internationale Einkaufsbasis geschaffen werden soll.

## Regeln Hamburg — Berlin.

Am Freitag wurde in Berlin ein Regler-Well-Lampfen zwischen zwei Städteverwaltungen, aus je zehn Hamburgern und Berlinern bestehend, ausgetragen. Dem Wanderpreis der Stadt Berlin errangen die Berliner mit 14817 gegen 14619 Holz.

## Verhaftung eines angeblichen Schwerverbrechers.

Der Schwerverbrecher Ritsch, der vor einigen Wochen aus einem fahrenden Gefangenentransportzug kurz vor Rauen entflungen war, indem er den Boden seines Abteils durchdringt hatte, ist jetzt wieder festgenommen worden. Er hatte sich an einem Einbruchversuch in das Stationsgebäude bei Leipzig beteiligt und wurde am Mittwoch auf der Station Beetzlich unter dem Verdacht der Teilnahme an diesem Einbruchversuch verhaftet. Im Verlauf seiner Vernehmung blieb er dabei, Müller zu helfen. Die Berliner Kriminalpolizei konnte aber den Beweis führen, daß es sich um den berühmten Schwerverbrecher Ritsch handelte. Am Donnerstag wurde Ritsch mit seinem Komplizen, der nach wie vor behauptet, Bißle zu helfen, schwer gefesselt von Landjägern und Beamten der Eisenbahnpolizei Magdeburg in das Amtsgericht Potsdam eingeliefert.

## Hundert Jahre alt.

Am Sonnabend feiert der frühere Zuckerfabrikarbeiter Leopold Bödel in Bieleben bei Halle seinen hundertsten Geburtstag. Der Alte ist noch so rüstig, daß er am Montag dieser Woche seine Kohlen selbst abgeladen hat.

## Der Kleistpreis 1927.

Als Preisrichter der Kleiststiftung für das Jahr 1927 hat Dr. Heinz Jacobs einen Preis von 1000 Mark dem 37jährigen Gerhard Mergel in Göttesberg bei Waldenburg i. Schl. für sein Drama „Loboggan“ und einen Preis von 500 Mark dem 27jährigen Dr. Hans Reisel in Berlin-Wilmersdorf für seinen Roman „Lerchenlohn“ verliehen.

## Der Tod in der Kadebanne.

Den Tod in der Kadebanne erlitten hier der 39 Jahre alte Sekretär Wilhelm Seidler und die 35 Jahre alte Telephonistin Charlotte Seidler aus Dresden. Sie fielen einer Kohlenoxydgasvergiftung zum Opfer. Es liegt vermutlich ein Unglücksfall vor. Die beiden wollten demnächst heiraten. Sie wurden von einem „Gast“ ermordet. Am Dienstag schritt man zur polizeilichen Besichtigung der Wohnung. Der Tod dürfte schon vor einigen Tagen erfolgt sein.

## Bestenommene Kastracker.

Dieser Tage wurden in Wien zwei Männer verhaftet, die keine Papiere bei sich hatten. Die Ermittlungen der Polizei haben nunmehr ergeben, daß es sich bei ihnen um einen 37jährigen Karl Hammerl und einen 30jährigen Matthias Mayer handelt. Beide waren wegen Raubmordes zu langen Zuchthausstrafen verurteilt, die sie im Zuchthaus in Graz abtun verurteilt. Von hier sind sie am 25. September zusammen mit einem dritten Mörder entflohen.

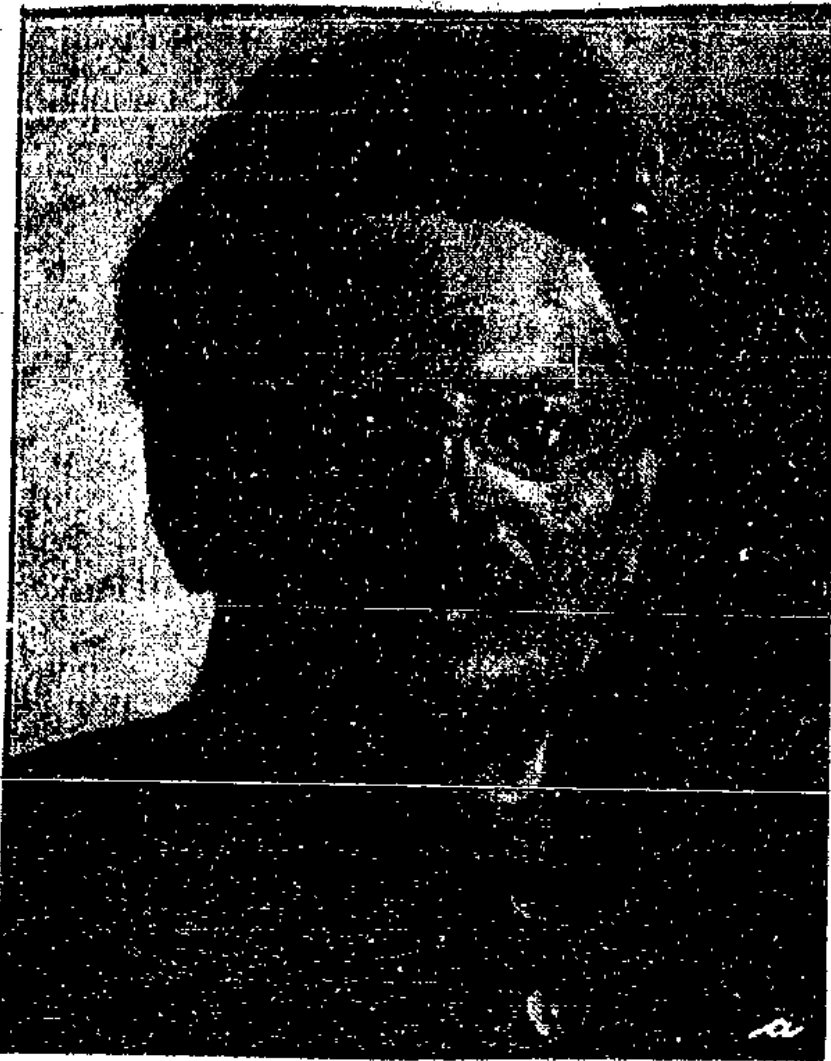
## Entdeckte Falschmünzfabrik.

In dem Ort Klein-Dejha in der Tschechien erbeuteten Landjäger die Werkstatt einer Falschmünzfabrik, die falsche Münzstücke und scheinbar neue hundert-Kronen-Münzen herstellte. Die Fälscher wurden verhaftet und in das Gefängnis in Gölitz eingeliefert.

## Schweres Sprengungsglück.

In dem Vorharmwerk bei Bamskalt in der Nähe von Baden-Baden explodierte Dienstag eine Sprengladung. Bevor das Material völlig geladen war. Ein Arbeiter wurde durch den sich entzündenden Schießpulver schwer verletzt. Seine Verletzungen sind schwer zu heilen. Ein weiterer Arbeiter wurde schwer verletzt.

## Gestürzte Größen.



Das Reichsgericht in Moskau hat Trozki und Sinowjew aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und aus ihren Ämtern entfernt. Der Sturz dieser einst so viel geliebten Führer hat die ganze innere Unwahrheit des Bolschewismus gezeigt. Trozki (oben) hat zusammen mit Lenin den Bolschewismus geschaffen; er war auch der Organisator der Roten Armee. Sinowjew (unten), Mitbegründer der Dritten Internationale, hat auch bei Deutschlands Linksrädikalen zeitweise eine wenig rühmliche Rolle gespielt.



## Fortgesetzte Gifttentate auf einen Laboranten.

Seit 1 1/2 Jahren ist der Laborant einer Firma in Stolberg bei Köln an schweren Vergiftungserscheinungen, die er auf eine Säurevergiftung zurückführte. Als eines Abends die Familie des Laboranten die Butterbrote sah, die dieser aus der Küche zurückgebracht hatte, fielen sie auch bei ihnen unwohl. Giftigkeitserscheinungen. Eine genaue Untersuchung ergab, daß auf die Butterbrote Bromwasserkeimpulver getrennt worden war. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß ein Gefäß des Laboranten der Täter war. Seit 1 1/2 Jahren hat er die Gifttentate auf seinen Angehörigen verübt, um durch dessen fortgesetzte Krankheit Gelegenheit zu haben, Silber aus dem Laboratorium zu stehlen. Der Täter gestand, nach und nach mindestens einen Beutel Silber erbeutet zu haben. Frau und Kind des Laboranten liegen schwer erkrankt darnieder.

## John Monate Gefängnis für einen Herrenfahrer.

Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Witterputzbesitzer Erwinus vor dem Leipziger Schöffengericht. Erwinus hatte in Leipzig mit Bekannten in verschiedenen Koffeln sich nach Regensburg getrieben. Er wollte dann mit seinem Koffelwagen seinen Weg nach Hause betreten. Auf dem Südpark in Leipzig überfuhr er den 38 Jahre alten Dentisten Schmidt, der sich der Verankerung ins Krankenhaus nach. Die Zeugenerhebung ergab, daß Erwinus zu schnell gefahren sei. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Monaten Gefängnis.

## Schweres Verbrechen von hundert Jahren her verurteilt.

Auf dem Leipziger Markt in Regensburg hat ein Mann die beiden Pferde eines Gemeindefuhrers in vollem Lauf durch die Straßen, ohne auf dem Jahrmarkt zwei Personen zu sehen und ihnen insgeheim 10 Personen mehr oder minder schwere Verletzungen zu tun, bis sie durch Polizeibeamte eingestoppt werden konnten.

## Verurteilung eines hundertjährigen Spätkriminellen.

Der frühere Spätkriminelle Hanselberg wurde wegen fahrlässiger Tötung eines Mannes zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte die Spur eines Mannes, der 10000 Mark entwendet wurde, zu zwei Tagen und sechs Monaten Gefängnis und Abweisung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten teils Geldstrafen, teils wurden sie freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Hanselberg eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten beantragt.

## Deutsche Juwelenräuber in Schweden.

In Göttingen in Schweden gelang es der Polizei, in der Nacht zum Donnerstag drei deutsche Schwerverbrecher, Karl August Schmidt, Gustav Quendt und Karl Friedrich Müller, bei der Sprengung eines Geldschrankes zu überführen und festzunehmen. Damit ist der schwedischen Polizei ein außerordentlich glücklicher Fang gelungen. Die drei internationalen Verbrecher wurden durch Haftbefehle aus Deutschland, Dänemark und Holland gesucht. Sie haben nahezu sämtliche Hauptstädte Europas unsicher gemacht und sich überall als gewiegte Juwelenräuber betätigt. Schmidt ist schon mehrfach mit Zuchthaus vorbestraft. Er war auch an einem Juwelen-Diebstahl beteiligt, der im Dezember in einem Geschäft im Zentrum Kopenhagens ausgeführt wurde und wobei für 100 000 Kronen Juwelen gestohlen wurden. Diesen Einbruch hatte Schmidt mit einem Deutschen namens Otto Gruschke verübt, mit dem er zusammen bis Mitte Juli in Kalmö eine längere Gefängnisstrafe abgelesen hatte. Gruschke konnte bereits vor einigen Tagen in Hamburg verhaftet werden.

## Hoteltreiben am Nordkap.

Nach einer Meldung aus Oslo hat sich in Norwegen eine neue Hoteltreiberei gegründet, die von der Regierung die Konzession erhalten hat, auf dem Plateau des Nordkaps eine große Hotelanlage zu errichten und gleichzeitig das gesamte Plateau für ihre Gäste zu reservieren. Da im letzten Sommer 14 000 Touristen das Nordkap besucht haben, dürfte das Unternehmen der neuen Gesellschaft den erwarteten Gewinn abwerfen, wobei eine Naturschönheit Europas (sondergleich für die Lufttouristen reserviert wird).

## Schiffunglück.

In dem Fahrwasser von Stockholm stieß ein Stockholmer Dampfer im Dunkeln mit einer bisher unbekannt gebliebenen Motor-Galeasse zusammen, die innerhalb weniger Minuten mit ihrer aus drei bis vier Mann bestehenden Besatzung sank.

## Mißglückte Weltreise im Ruderboot.

Der dänische Kapitän Wentegott, der sich zu kommen mit seiner Frau auf einer Fahrt im Ruderboot nach Indien befand, hat an der spanischen Küste Schiffbruch erlitten. Das Boot ging unter, die Insassen konnten von Fischen gerettet werden. Beim ersten Versuch im Vorjahre kenterte das Boot des Kapitäns im Golf von Biscaya, wobei sein Begleiter Hansen ertrank.

## Die Typhusepidemie in Böhmen.

Die Zahl der in Tepl bei Matienbad am Typhus Erkrankten beträgt 174, die Zahl der Sterbefälle 6. In Břowitz (Bezirk Raaden) sind 13 Typhusfälle und ein Todesfall zu verzeichnen. In das gefährdete Gebiet sind Epidemiekärte und Infektionskolonnen entsandt worden.

## Schwerer Jugenzusammenstoß bei Brünn.

Mittwoch um 21 Uhr stieß auf der Station Schlappanitz bei Brünn der aus Brünn kommende Schnellzug mit einem Güterzug zusammen. Aus Brünn wurden eine Hilfslokomotive und Sanitätsautomobile der tschechisch-deutschen Rettungstation, sowie Eisenbahnsanitätspersonal an die Unfallstelle geschickt.

Zehn Reisende sowie der Zugführer und der Heizer des Schnellzuges wurden verletzt, die beiden letzteren ziemlich schwer. Einige der Verletzten wurden zur Behandlung nach Brünn überführt.

## Fast 10 Millionen Ästern fortgeschwemmt.

Durch die gewaltigen Stürme, die in den letzten Tagen an der französischen Küste tobten, sollen ungeheure Mengen von Ästern fortgeschwemmt worden sein. Es wird befürchtet, daß dadurch rund zwei Millionen Ästern verloren gegangen sind.

## Ein amerikanisches Flugzeug-Mutter Schiff.

Dienstag wurde das Riesenschiff „Mutter Schiff“ der amerikanischen Flotte „Saratoga“, in Dienst gestellt. Das Schiff, an dem seit 1920 auf der Werft von New Jersey gebaut wurde, wird 83 Flugzeuge tragen. Seine Besatzung beträgt 1365 Mann, zu denen noch 450 Mann für den Flugdienst hinzukommen. Das Schiff wird elektrisch getrieben.

## Seit 100 Jahren.

Aus den Vereinigten Staaten kommt die Nachricht, daß der bekannte Boger Tunney, der Besteger Dempseys, sich demnächst mit einem 15jährigen Mädchen, Miss Prior aus Greenwich, verheiraten werde. Der Manager Tunneys demittiert allerdings noch die Nachricht.

Einen Fahrstuhlunfall erlitt der Boger Dempsey und der bekannt Boxkampfunternehmer Tex Rickard in New York. Als sie das Gerichtsgesetz nach einem Prozeß verlassen wollten, verlagte der Motor des Fahrstuhles und dieser stürzte neun Stock tief ab. Dempsey und Rickard blieben jedoch unverletzt.

## Fünf Millionen Dollar hinterlassen.

Der kürzlich in Waukegan (Illinois) verstorbene Millionär John Thompson hinterließ ein Vermögen von etwa 5 Millionen Dollar. Er als Gründer der „earmigen Frühstücksstuben“ erworben hat. Viele Frühstücksstuben sind Restaurants mit niedrigen Preisen. Die Gäste sitzen dort auf Stühlen, die mit einem breiten Arm versehen sind, auf den die Teller gesetzt werden.

## Chaplin gewinnt einen Prozeß.

Der Filmschauspieler Charlie Chaplin hat einen Prozeß gewonnen, den der Schriftsteller Leo Loeb wegen angeblichen Plagiats gegen ihn angestrengt hatte. Loeb behauptete, Chaplin habe in seinem Film „Gehet über“ ein Motiv benutzt, das er selbst in einem Theaterstück verwendet hatte. Er forderte 50 000 Dollar Schadenersatz. Der Prozeß wurde zum zweitenmal verhandelt, da sich die Geschworenen bei der ersten Verhandlung nicht hatten einigen können. Chaplin hatte bestritten, das Manuskript Loeb's gelangt zu haben.

## Nach hundert Jahren wegen Mordes verhaftet.

Der Führer des Juba-Stammes im Gebiet von Kordofan, der Scheich Dari, der beschuldigt wird, den britischen Obersten Beaumont im Sommer 1920 ermordet zu haben, ist jetzt nach hundert Jahren verhaftet worden. Er wurde von einem Autohändler erlitten und nach dem Büro des Orts-gouverneurs gefahren, wo er angeblich seine Schuld eingestanden hat.

## Bergwerkunglück in Südafrika.

In Johannesburg arbeiten 60 Bergleute an der Rettung eines Europäers und 18 eingeborener Bergleute, die infolge eines Einsturges von Bergmassen in einer Tiefe von 3000 Fuß in dem Crown-Bergwerk eingekerkelt sind.

## Der Sultan von Marokko gestorben.

Der Sultan von Marokko, der schon seit längerer Zeit schwer krank war, ist am Donnerstag demnächst in Rabat gestorben.